Nr. 305

27. Oktober 1994

Vorwort:

HOW TO TUNE IN !
1) Stare at the 2 dots • •
2) Cross your eyes so you see double, making four dots • • • •
3) Continue to do this until two of the dots overlap, making three dots • • •
4) Slowly bring the centre dot into clearer focus, then gradually glide your eyes downwards
5) Your Alpha brain waves ought to be stimulated and a 3D image should miraculously appear


SCULL

WBI-Göttingen: Eure Anlage hat uns nicht errreicht.



Inhalt:

Ordner:

Oberbaumbrücke

bleibt Stadtringlücke, wahrscheinlich nur noch bis 9. November

Am 9.November '94 gibt es keinen Grund zu feiern.
Zeigen wir es den Haases, Diepgens, Hassemers und Nagels;

am Mittwoch, den 9. November 1994, ca. 10.30 Uhr an der Oberbaumbrücke

16.30 Uhr Demo vom Kottbusser Tor zur Oberbaumbrücke
18.00 Uhr Abschlußkundgebung auf der Brücke
(Bitte die Tagespresse und aktuellen Flugblätter beachten, denn der Termin kann sich ja immer noch verschieben, z.B. durch Probleme auf der Baustelle.)

Außerdem zum gleichen Thema:

am Sonntag, den 6. November, 14.00 Uhr
Fahrraddemo ab Rotes Rathaus

Wir feiern solange auf der Brücke bis sie wieder autofrei ist und die erste Straßenbahn von Friedrichshain nach Kreuzberg rollt!

V.i.S.d.P. Kein Tunnel und R.Zürnt, Am Oberbaum 2, 10243 Berlin

Impressum

Herausgeberin:
interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

"Mein Kind ist krank. Doch ich bin arm.
Wenn ich zum Gesundheitszentrum gehe,
bekomme ich keine Medizin.
Das einzige, was sie mir geben,
sind Familienplanungs-Pillen.
Warum soll ich die schlucken, wenn mein Sohn stirbt?"
(aus dem Lied einer Frauengruppe aus den Slums von New Delhi)

ZU DEN AKTIONEN
GEGEN DEN GTZ - MANAGER FÜR BEVÖLKERUNGSPOLITIK R. KORTE
UND GEGEN DAS BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG

"Traditionell hat es verschiedene Formen der Familienplanung gegeben. Forscher wie Livingstone berichteten vor über 1oo Jahren mit Erstaunen über die geringe Kinderzahl der Familien in Afrika. Abstinenz, Koitus Interruptus, kontrazeptive Mixturen, aber auch Abort und Kindesmord wurden praktiziert, um das Leben der bereits geborenen Kinder nicht zu gefährden. Mit der Kolonialzeit kam der Bruch. Um ausreichend Arbeitskräfte für die Plantagen zu haben, wurden vielfach traditionelle Formen der Familienplanung systematisch unterdrückt, zum Teil sogar gesetzlich. Schon alleindaraus ergibt sich heute für die ehemaligen Kolonialherren eine Verpflichtung, Familienplanung zu unterstützen.."
R. Korte in "Akzente" GTZ 2/94

"Ist das erstrebenswert, daß sich Menschen, die krank sind, vermehren? Ist das vielleicht gut?"... ".. diese Art von Denkverboten ist .. unwissenschaftlich.. . Zum Beispiel, daß man sagt, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer. Selbst das Wort Rasse darf man ja nicht mehr in den Mund nehmen."
C. Höhn, zur Zeit suspendierte Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Korte und Höhn gehörten beide zur deutschen Delegation auf der "3. Weltbevölkerungskonferenz" vom 5. - 12.9.1994.
Charlotte Höhn mußte auf grund der Veröffentlichung obiger Zitate vorzeitig die Konferenz verlassen. Sie wurde vorübergehend (!) suspendiert, weil sie ihre rassistischen Denkweisen allzu offen formulierte.
Rolf Korte managt seit über 1o Jahren für die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) Familienplanungsprogramme, und in dieser Zeit hat er gelernt, seine "Kolonialherren-Verpflichtungen" geschickter zu verpacken.

Zur Konferenz:
Vertraute mediale Katastrophenmeldungen begleiteten die "3. Weltbevölkerungskonferenz" in Kairo. Mit militärischen Begriffen und suggestiven Bildern wurden erneut die Menschen des Trikont zur unkontrollierbaren Biomasse naturalisiert und als Bedrohung für die Menschheit phantasiert. Diese rassistischen Zuschreibungen haben ihren Sinn darin, bestehende Herrschaftsverhältnisse und entsprechende weltweite Ressourcenverteilung auszublenden, diese festzuklopfen und drastische Maßnahmen gegen die Frauen im Süden zu legitimieren. Gegen Armut empfehlen die Herrschenden "Bevölkerungspolitik" und meinen damit eine Methode imperialer Herrschaftssicherung: Kontrolle und Selektion von Menschen, indem sie als disponible Bevölkerung definiert werden.
Die Begründungsmuster der Bevölkerungsstrategen haben sich seit den 6oer Jahren verändert und mußten Mißerfolge, gesellschaftliche Veränderungen und vor allem den Widerstand von Frauen einbeziehen.
Unverändert ist eine zentrale "Argumentation", die in zynischer Weise die Realität verkehrt: die Ursache für die Armut im Trikont sei die Vermehrung der Armen. Geeignete Maßnahmen im Sinne der Bevölkerungsstrategen zielten und zielen auf die Abschaffung der Armen und nicht der Armut.

Trotz gigantischer "Familienplanungskampagnen" und einer Anwendungspalette, die von "Anreizsystemn" bis zu Zwangsmaßnahmen reicht, blieb der Erfolg des exportierten Kleinfamilienmodells (Mann, Frau, 1-2 Kinder) recht beschränkt. Veröffentlichungen dazu, daß Frauen über die Auswirkungen der durchgeführten Eingriffe -wie bei Sterilisationen und langwirkenden Hormonpräparaten- getäuscht bzw. fehlinformiert wurden, schadeten der Familienplanungspropaganda. Außerdem wehrten sich Frauengruppen gegen die Testfeldfunktion des Trikonts für unberechenbare und gefährliche Verhütungsprodukte der internationalen Pharmakonzerne.

Dies bereitete den Planern große Schwierigkeiten und sie variierten immer wieder ihre menschenverachtenden Argumentationslinien.
Wurde in den 7oer Jahren die Bevölkerungskontrolle noch als Hilfsmittel für "wirtschaftliche Entwicklung" der Menschen im Süden verkauft, so lautete die Botschaft der 8oer: unkontrolliert wachsende Bevölkerung forciert die Umweltzerstörung und die Ressourcenknappheit.
In den 9oer Jahren stellten die Bevölkerungsstrategen nun die Migration der Menschen des Südens ins Fadenkreuz ihrer Verlautbarungen. Diese sei bedrohlich, gefährde "vitale Interessen der Industrieländer" und sei durch die unkontrollierte Vermehrung der Menschen im Trikont verursacht..
Zur Verbesserung ihres schlechten Images und zur Steigerung der Effizienz der Kontrollprogramme haben die Planer seit den 8oer Jahren die Frauen "entdeckt" und deren "Förderung" als sinnvoll und notwendig erachtet. Inzwischen übernehmen die Bevölkerungsstrategen Begriffe der Frauenbewegung wie z. B. Emanzipation, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sie trennen sie aber von Inhalt und Kontext und verkleiden mit den übriggebliebenen Worthülsen ihre Politik. Ziel ist die Akzeptanzförderung der unpopulären Maßnahmen und Eingriffe an den Frauen. Zudem ermöglicht dieses Vorgehen die Aufspaltung eines bislang breiten, gemeinsamen Widerstandes von Frauengruppen gegenüber jedweder Form von Bevölkerungspolitik.
In Kairo gelang erstmals in größerem Maße die Einbindung von integrationswilligen Frauengruppen bzw. Frauenrechte fordernden Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die fundamentalistischen Strömungen des Vatikan, des Islam sowie anderer reaktionärer Denkweisen nutzten die Bevölkerungsstrategen geschickt aus, sich als "fortschrittliche Frauenrechtler" zu profilieren.
Doch es geht einzig um effizientere Geburtenkontrolle, und ein Blick auf die technologischen Mittel und Methoden aktueller "Familienplanungsprogramme" genügt, um die miese Taktik zu entlarven.
Unverändert werden Frauen als Objekte und der Süden als medizinisches Testfeld behandelt. Kennzeichnend für die meisten der verabreichten Verhütungsmittel ist deren (!) Unabhängigkeit von den Motivationen und Bedürfnissen der Frauen. Sie können zunehmend weniger von ihnen selbst kontrolliert werden. Sie bedeuten einen erheblichen Eingriff in die körperliche Integrität und bringen schwerwiegende Gesundheitsbelastungen mit sich. Nach 2/3-Monatsspritze und Hormondepots kommt jetzt die neueste Waffe der Bevölkerungswissenschaftler in die Testphase: die sogenannte Antischwangerschaftsimpfung. "Impfung" suggeriert Gesundheit und soll die Akzeptanz erhöhen. Das Mittel ist langwirkend und nicht von den betroffenen Frauen absetzbar. Schließlich eignet es sich zur Masssenverabreichung, mit oder ohne Wissen der Frauen!

Zur GTZ/R. Korte:
Neben dem Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) ist die GTZ auf BRD-Regierungsebene die Institution, die im internationalen Rahmen bevölkerungspolitische Programme betreibt.
Korte ist Leiter der GTZ-Abteilung "Gesundheit, Bevölkerung, Ernährung" und gleichzeitig Vorstandsmitglied der 1992/93 gegründeten "Deutschen Stiftung Weltbevölkerung" (DSW). Als GTZ-Bevölkerungsstratege organisiert er u.a. internationale Familienplanungskonferenzen zu Themen wie "Managment von Familienplanungsprogrammen". Seine Arbeit hat er vor allem auf die Durchsetzung der imperialistischen Bevölkerungspolitik in den afrikanischen Ländern konzentriert. Dieser Schwerpunkt durchzog

aktuell seine diversen Artikel im Vorfeld der Kairoer Konferenz, um ihn mit den in Mode gekommenen Worten (das Recht auf Familienplanung = das Recht auf Selbstbestimmung) als GTZ-Strategie für die nächsten 1o Jahre zu verkaufen.
Die DSW unterhält -neben Nicaragua- ihre Fmilienplanungsprojekte vor allem in Afrika. Diese "Stiftung" ist als NGO (!) in der "nationalen Vorbereitungskommission" der Bundesregierung für die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo vertreten gewesen.

Korte selbst stellt seine Arbeit als "Engagement für Menschenrechte" dar. "Dabei ist das Recht auf Familienplanung auch ein Recht auf Selbstbestimmung. Freier Zugang zu Einrichtungen der Familienplanug.. eröffnet die Möglichkeit, dieses heute international anerkannte Menschenrecht wahrzunehmen..."(K. in Akzente 2/94).
Im Jahresbericht der DSW schreibt Korte, Familienplanung müsse der "Freiwilligkeit" und "Wahrung der Menschenrechte" unterstellt sein. Aus seiner jahrelangen Arbeit bei der GTZ weiß er, daß sich die Menschen und vor allem die Frauen im Trikont nicht unterwerfen ließen. So sieht er es als erwiesen an, daß Zwangsmittel "auch bevölkerungspolitisch keinen positiven Effekt haben, denn sie machen Familienplanung unpopulär."
Der Widerstand von Frauen gegen die modernen Reproduktionstechnologien ist ihm keine Zeile wert. Denn alle Verhütungsmethoden sind ihm nur recht. So ist die hohe Sterblichkeitsrate von schwahgeren Frauen für Korte das Argument für Familienplanung. Die Verdrehung der Zusammenhänge - denn Armut, Unterernährung und fehlende Gesundheitsversorgung führen zu der hohen Sterblichkeitsrate von Frauen, und das sind zugleich Faktoren, die zu der hohen Müttersterblichkeitsrate führen- hat dabei Methode.
"Es geht hier außerdem um die Frauen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit von der wahllosen Durchsetzung der neuen hormonellen .. Verhütungsmittel am schwersten betroffen sein werden. Wer die hohen Müttersterblichkeitsraten heranzieht, um die Anwendung unzureichend erforschter hormoneller Verhütungsmittel voranzutreiben, ignoriert nicht nur die Lebensrealität dieser Frauen, sondern benutzt gerade diese Realität in der "3. Welt", d.h. den unterpriviligierten Status der Frauen, als Argument gegen sie." (aus Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie - ecolibri Nr. 8).
Kortes zynischer Kommentar: "Jede Verhütungsmethode hat seine Nachteile."
Kortes frauenfeindliche Praxis von verstärkter Familienplanung, die das Leben von Frauen "weniger gefährden würde", seine vorgeblich "positiven Erfahrungen" mit Familienplanungsprogrammen "aus einer Reihe von Ländern" sind Teil imperialistischer Bevölkerungspolitik, gegen die sich viele der betroffenen Frauen teilweise erbittert seit Jahren wehren müssen. Gegen diese Familienplanung, mit ihrer alleinigen Ausrichtung auf die Reduzierung des Bevölkerungswachstums im Trikont, kämpfen in vielen Ländern organisierte Frauengruppen.
".. Wir sind nicht arm, weil wir viele sind, Im Gegenteil haben unsere Probleme ihre Wurzeln in der ungerechten und unterdrückerischen Verteilung des Reichtums in unserem Land und in der Welt." So überschrieb im Juni 1989 in Cusco/Peru ein breites Bündnis von Frauengruppen ihren Protest gegen AID (Internationale Entwicklungsagentur/USA) und GTZ. Sie forderten damals konkret das Ende einer Kampagne derGTZ, in der ausschließlich langwirkende Verhütungsmethoden über das Radio propagiert wurden.
Und Kortes "positive Erfahrungen" liegen z.B. in Bangladesh, da dort "Familienplanungsdienste auch von sehr armen Menschen nachgefragt und bei entsprechendem Angebot in Anspruch genommen werden" (DSW-Artikel). Nachdem Anfang der 8oer Jahre die Weltbank und AIDden Militärs in Bangladesh Massensterilisationen mitfinanzierten, wird dort bis heute eine exzessive Bevölkerungspolitik betrieben.
"Die Bedürfnisse der Frauen nach Nahrung, Bildung, Gesundheit und Teilnahme am sozialen und politischen Lebensowie nach einem Leben frei von

Unterdrückung und Gewalt haben mit Bevölkerungspolitik nichts zu tun. Selbst dann nicht, wenn die bevölkerungspolitischen Programme humanitäre und frauenfreundliche Ziele vorgeben. Frauen müssen Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln und legalen Abtreibungsmöglichkeiten haben. Diese Bedürfnisse können erst dann erfüllt sein, wenn alle Menschen in Würde leben können und respektiert werden. Wir fordern: Schluß mit der Ausbeutung von Menschen und Erde.
Aus all diesen Gründen betonen wir noch einmal: Wir lehnen jegliche Form der Bevölkerungspolitik ab. Es kann auch keine feministische Bevölkerungspolitik geben. Wir lassen uns nicht dazu benutzen, eine frauenfeindliche, armenfeindliche, naturfeindliche Politik zu legitimieren. Menschen sind keine "Bevölkerung". Bevölkerungskontrolle NEIN."
(aus der Deklaration eines internationalen Frauentreffens vom Dezember 1993 in Comilla/Bangladesh)

Zum Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB):
Vor über 2o Jahren -also zu Zeiten sozialliberaler Koalition- gegründet steht dieses Institut unverhohlen in nazistischer Tradition, personell als auch inhaltlich. Die Gründungsmitglieder waren Soziologen, Anthropologen und Statistiker des NS-Regimes. Als Themenschwerpunkte gelten "Probleme des nationalen Geburtenrückgangs, Altersstrukturentwicklung, Migration in Europa, internationale Bevölkerungspolitik".
Eine vom BiB 199o publizierte Bibliographie rehabilitierte die NS-Rassehygiene als "ernst zu nehmende Wissenschaft". Schon damals zeichnete Charlotte Höhn als Direktorin des Instituts. Sie rechtfertigte wiederholt eugenische Forschungsansätze gegen Behinderte und äußerte sich stets besorgt über den Zustrom fremdländischer Menschen bei gleichzeitigem "deutschen Geburtenrückgang".
InForm von Gutachten für Bundesregierung und Ministerien fließen die "Forschungsergebnisse" des BiB und ihre "Berichte zur demographischen Lage" in bevölkerungspolitische Maßnahmen ein.
Die offen rassistischen Äußerungen von Höhn sind nur die Spitze des Eisberges, und der Eklatdarum darf nicht davon ablenken, daß das Institut an sich rassistische und eugenische "Selektionswissenschaft" betreibt.

Zwei Seiten derselben Medaille... :
Während die Bevölkerungspolitik der Metropolen in der Tradition der Eugenik steht, folgt sie im Trikont eindeutig rassistischen Denkmustern und verlängert sich bis in die hiesige Flüchtlingspolitik. Im Süden richtet sie sich in erster Linie -"quantitativ"- gegen die "Flut der Armen", hier zielt sie vor allem -"qualitativ - gegen Behinderte. "Familienplanung und reproduktive Rechte der Frauen" sind die modernsten, verbalen Nebelschwaden, hinter denen im Trikont weiteroperiert wird. "Leidverhinderung und Selbstverantwortlichkeit für gesunden Nachwuchs" sind die Tarnbegriffe hiesiger technologischer Angriffe.
Es sind zwei Seiten derselben Medaille, gemünzt gegen "unwertes Leben" und geprägt von metropolitan genormten, patriarchalen Lebensvorstellungen. Im Süden werden die armen Frauen zu "unkontrollierbaren Brüterinnen" gestempelt, denen mittels Dreimonatsspritzen, Sterilisationen und demnächst "Antischwangerschaftsimpfungen" zu Leibe gerückt wird. In den Metropolen sollen die Frauen zum "fetalen Umfeld" degradiert werden, um sich mittels In-vitro-qualitäts-befruchtung, pränataler Diagnostik und demnächst auch Fetalchirurgie immer perfekteren Zugriff auf die Schwangerschaft zu verschaffen. Zunehmend vermischen und kombinieren sich die verschiedenen Methoden der Reproduktionstechnologien quer durch alle Kontinente. Sie zielen auf die immer umfassendere, globale Kontrolle des "weltweiten Humankapitals".
Es sind vor allem Männer, ob Wissenschaftler, Bevölkerungstechnologen, Politiker, Mediziner oder Ethiker, die in der ersten Reihe sitzen, wenn es um die Schaffung ihrer "schönen neuen Welt der Fortpflanzung" geht. Wir wollen uns diesem patriarchal, technologischen Angriff, der

auf die Industrialisierung allen Lebens zielt, entgegenstellen.
Wir wollen und müssen überlegen, wie wir Frauen und Behinderte in ihren Verweigerungen und in ihrem Widerstand gegen die metropolitane Bevölkerungspolitik unterstützen können. Dabei müssen und wollen wir einbeziehen, wo und wie weit wir (vor allem die Männer) selbst die patriarchalen Werte von " Unabhängigkeit und Freiheit" tragen und damit deren normative Kraft verlängern.

Wir wollen uns weiterhin beziehen auf das breite Spektrum sozialer Kämpfe im Trikont, im genannten Zusammenhang insbesondere auf die (Frauen-)Gruppen, die jeglicher Bevölkerungspolitik ein entschiedenes NEIN entgegensetzen.

Wir haben in dieser Woche das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im G. Stresemann-Ring in Wiesbaden besucht und dort Buttersäure, ein zugeklebtes Eingangsschloß sowie viel braune Soße (!) hinterlassen.

Bei R. Korte in Kronberg/Oberhöchstadt, in der Ziegelhütte 3o, haben wir zwei Brandsätze unter dessen Auto abgelegt.

Revolutionäre Viren 2o.1o.94

AusländerInnenGesetz, AsylbeschleunigungsGesetz, BullenÜbergriffe, BehördenSchikane, FreßPakete, KlassenJustiz, Illegalisierungs- und KriminalisierungsKampagnen, AbschiebungsPolitik, Schließung der Grenzen .... das Faß ist schon längst übergelaufen !

Nicht jammern & picheln,
.... es gibt Dringendes zu tun !!

Wo ?

Streitstraße ZAA - Spandau:
Anlaufstelle für neuankommende Asylsuchende,
Behörde für Menschen im Asylverfahren und somit Abschiebebehörde;
Verhaftungen erfolgen gegebenenfalls direkt in der Behörde.

Friedrich-Krause-Ufer - Wedding:
Ausländerbehörde für Menschen mit sonstigen Aufenthalten (MigrantInnen etc)

Wir suchen dringend große oder kleine Gruppen oder Einzelpersonen, die sich 1x die Woche (oder 1x in 14 Tagen) an unseren Info-Ständen beteiligen. Diese Stände machen wir seit 1 bzw. 3 Jahren - und möglichst zu den Öffnungszeiten der Behörden. Vorrangig vormittags - z.T. auch an Wochenenden.

Was wird verteilt ?

Allgemeine und spezielle Infos und Warnhinweise zur ZAA und auch zum Asylverfahren, Infos über den Umgang mit den offiziellen Papieren, Adressen von Beratungsstellen, in denen kostenlose Beratung läuft, Tips bei rassistischen oder/und polizeilichen Übergriffen ..... das alles in ca. 23 Sprachen ..... aktuelle Flugis ...

Also Leute, wenn Ihr den Kampf gegen strukturellen Rassismus praktisch unterstützen wollt, dann sorgt dafür, daß die Opfer dieser Gewalt die Möglichkeit bekommen, sich zu wehren.

Fragen ?

An die AntiRassistische Initiative 785 72 81

Chaos im China-Restaurant

11.10., der fünfte Prozeßtag. Zuerst gings nochmal um das Staatsschutzverhör von Bazdin. Er sagte dazu, ihm wurden Erkans Aussagen vorgelesen, irgendwann konnte er sie auch selber lesen. Auch die Liste mit Namen von Leuten, die laut Erkans Aussage dabei waren, konnte er lesen. Während seiner Vernehmung habe er nie Gelegenheit gehabt, auch nur einen Satz selber protokollieren zu lassen, immer habe der Staatsschutz formuliert. Während der Vernehmungen habe es auch kein Tonband gegeben. Seine Aussagen habe er dann auch nicht noch mal durchgelesen, weil er nur noch nach Hause wollte. Das er das könne, wenn er ausgesagt hätte, hatte ihm der Staatsschutz deutlich zu verstehen gegeben.
An dieser Stelle sei nochmal betont, daß Bazdin aussagte, im Chinarestaurant seien außer Seyho, Erkan und ihm alle vermummt gewesen. Außerdem kannte er eigentlich nur die beiden.
Diese Art von Vernehmung ist bezeichnend für den Berliner Staatsschutz. Wieder einmal wurde deutlich, daß es ihnen nur darum ging, "Ermittlungsergebnisse" bestätigen zu lassen.
Nach der Mittagspause gings um die Situation im Lokal. Nacheinander wurden Seyho, Cardo und Mehmet befragt. Alle drei sagten, daß Abidin nicht dabei gewesen wäre. Zu Fatma haben Seyho und Mehmet gesagt, sie hätten sie vor dem Lokal nicht mehr gesehen, sie sei nach einem Streit auf der anderen Straßenseite gegangen. Cardo hatte sie den ganzen Abend nicht gesehen. Mehmet betonte, er werde aus politischen und moralischen Gründen nichts zu den Leuten sagen, die nicht im Verfahren beteiligt sind und sich nicht selbst verteidigen können. Auch Cardo und Seyho verhalten sich so.
Alle drei haben in der Befragung immer wieder das wiederholt, was sie auch schon in ihren Einlassungen gesagt hatten und haben sich auch durch intensives Nachfragen nicht aus dem Konzept bringen lassen.
Sowohl das Gericht, als auch die Staatsanwaltschaft fragten immer wieder nach "Waffen" und konnten es wohl gar nicht fassen, daß niemand "Waffen" bei den Antifas gesehen hatte.
Seyho wurde zuerst befragt. Er habe mitgekriegt, daß Fatma von der anderen Straßenseite aus nicht mit vors Lokal, sondern weggegangen sei. Sie seien irgendwann reingegangen. Seyho habe Pagels Stuhl weggetreten und ihm eine Ohrfeige gegeben. Er hatte gedacht, daß die Angelegenheit damit beendet sei und die Nazis gehen würden. Aber weit gefehlt. Ein großer Nazi habe mit einem Stuhl nach ihm geschlagen, ein anderer habe gleich mehrere Stühle in seine Richtung geworfen, denen er gerade noch ausweichen konnte. Die Stühle seien dann wieder zurückgeflogen, auch die Baseballkeule, die Bazdin gehabt hatte, flog an die Wand. Irgendwann hätten alle Nazis bis auf den großen unter dem Tisch gehockt, damit sei für ihn alles vorbei gewesen. Im Umdrehen habe er den Wirt mit einer Knarre in der Hand gesehen. Dann sei er raus. Draußen habe er zwei dumpfe Geräusche gehört, von denen er sich immer noch sicher sei, daß es Schüsse waren. Die Scheibe habe geklirrt und er sei weggerannt.

Aussagemanipulation immer deutlicher!

Der sechste Verhandlungstag wurde mit der weiteren Befragung der Gefangenen zu den Ereignissen im China-Restaurant fortgesetzt. Da die Fragerunde bei Bazdin Yoldas angekommen war, gab es gleich zu Beginn ein juristisches Geplänkel zwischen Verteidigung, Gericht und Staatsanwaltschaft um den Komplex "Verhörsituation von Bazdin Yoldas beim Staatsschutz". Da Bazdin zu seinen Aussagen beim Staatsschutz befragt wurde, drängten die Anwälte darauf, ihn ausführlich zur Verhörsituation zu befragen. Nach kurzem Widerstand der Staatsanwaltschaft stimmte das Gericht diesem Verlangen der Anwälte zu. Fast der gesamte Verhandlungstag wurde durch die Befragungen von Bazdin Yoldas ausgefüllt. Zu den Vorfällen im Chinarestaurant erzählte er im wesentlichen das gleiche wie bereits in seiner zusammenfassenden Einlassung am 3. Verhandlungstag.
Die Befragung von ihm zu seinen Aussagen in den Akten und zur Verhörsituation warfen ein Schlaglicht auf die dreckigen Vernehmungsmethoden einzelner Staatsschutzbeamter. Er wurde nicht nur nicht über seine Rechte als Beschuldigter aufgeklärt, ihm wurde von seiten der Vernehmer ausführlich aus dem Privatleben anderer Beschuldigter, besonders der drei Gefangenen von Antifa Genclik, erzählt. Es gelang den Staatsschützem, das Vertrauen von Yoldas zu gewinnen und ihn dazu zu bringen, die Vorgaben des Staatsschutzes zu bestätigen. Ihm wurde nicht nur die Aussagen von Erkan vorgehalten, er konnte diese Akten auch lesen, besonders die Namensliste, die Erkan mit Unterstützung des Staatsschutzes zusammengestellt hatte. Während der ausführlichen Vorgespräche erzählten die Bullen ihm detailliert was sie bereits wußten und forderten ihn auf, die Augen zu schließen, sich zu konzentrieren und die Fragen, die sich genau auf die von den Bullen erzählten Zusammenhänge bezogen, zu beantworten.
Die von ihm in den Akten bestätigte Tatbeteiligung von Abidin kam fogendermaßen zustande. Er betonte immer wieder, daß er sich nicht sicher sei, der vernehmende Staatsschützer Bredlow machte ihm dann immer wieder klar, daß Abidin dabei war, sie seien sich ganz sicher, so daß er es irgendwann selbst glaubte und in den Vernehmungen nicht mehr widersprach. Das gleiche Muster ist in den Beschuldigungen von Fatma zu finden. Bazdin konnte sich nur an eine dunkelhaarige Frau auf der anderen Straßenseite vor dem China-Restaurant erinnern, Bredlow war dann der Ansicht, daß es Fatma sei und hat solange auf ihn eingewirkt, bis er auch an diesem Punkt seine Errinerung zugunsten der Vorgaben des Staatsschutzes aufgab. Auch eine weitere beschuldigte Person, von der Bazdin Yoldas erklärte, daß er sie nicht kannte und auch Heute noch nicht kenne, wurde auf diese Weise ins Verfahren gebracht.
Nach diesen langen Vorgesprächen wurden dann seine angeblichen Aussagen protokolliert, wobei Bazdin Yoldas betonte, daß in den gesamten Vernehmungsprotokollen kein einziger von ihm diktierter Satz sei. Er wiederholte im wesentlichen die Darstellungen, die er bereits am 4. Verhandlungstag zu Gerichtsprotokoll gegeben hatte. Einer der Vernehmer sagte ihm, daß seine Aussage in "Kernbereichen" mit der Aussage von Erkan übereinstimmen sollte. Darüber hinaus war für die Staatsschützer die Tatbeteiligung von Mehmet, Abidin und Fatma bereits beschlossene Sache, die sie sich von ihm durch Manipulation seiner Aussagen bestätigen ließen. Zentrale Darstellungen von Bazdin Yoldas wurden von ihm an diesem Verhandlungstags korrigiert und richtiggestellt. Nach diesem Tag ist der Staatsschutz und seine dreckigen Vernehmungsmethoden endgültig in den Mittelpunkt des Verfahrens gerückt, die Anwälte haben am Ende des Verhandlungstag den Antrag gestellt, die gesamten Aussagen von Bazdin Yoldas mit einer Verwertungssperre zu belegen, da sie rechtswidrig zustande gekommen sind.

Licht und Schatten

Das erste, was am siebten Prozeßtag auffiel, war ein riesiges Pflaster über der Stirn von Cado. Dazu hat er dann eine Erklärung abgegeben.
Dann wurden die Befragungen fortgesetzt. Das Gericht wollte noch wissen, wie es nach der Aktion weitergegangen sei. Aber auch diesmal gab es nichts Neues fürs Gericht. Damit sind die Befragungen der Angeklagten abgeschlossen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde der Gutachter zu Erkans Zustand zum Zeitpunkt seiner Vernehmung gehört. Der Gutachter legte dar, daß Erkan beim Staatsschutz nicht vernehmungsfähig war. Er hätte aufgrund des Konsums von Psychopharmaka und einer damals akuten paranoiden Schizophrenie eine Rechtsbelehrung und die Dimension möglicher Aussagen nicht einschätzen können.

Es wurde entschieden, daß Erkans Aussagen beim Staatsschutz deshalb einem "Verwertungsverbot" unterliegen. Das heißt, das sie im Verfahren keine Rolle mehr spielen.
Inzwischen war es spät geworden. Weit nach der Mittagspause stellte Abidins Anwalt einen Antrag , den Haftbefehl aufzuheben, oder Abidin wenigstens vom weiteren Vollzug der Haft zu verschonen. Er begründete den Antrag damit, daß ausschließlich die Aussagen von Erkan und Bazdin einen "Tatverdacht" begründeten. Nach der Vernehmung der Angeklagten bestünde kein dringender Tatverdacht mehr. Um auch die letzten Zweifel des Gerichts zu zerstreuen, beantragte er, zwei ZeugInnen dazu zu vernehmen. Beide sagten aus, daß Abidin am fraglichen Abend woanders gewesen war und bestätigten, daß der Tatvorwurf gegen Abidin absurd ist. Die Richterin wollte diesen Antrag nicht entscheiden, bevor nicht die Polizeizeugen vernommen seien.
Dann ergriff Abidin das Wort. Er habe von Anfang an gesagt, er sei nicht im Chinarestaurant gewesen. Auch die zwei ZeugInnen hatten das eben wieder bestätigt. Nach 11 Monaten Haft gehe es ihm nicht um zwei oder drei Wochen mehr, aber jetzt müsse die Richterin eine Entscheidung treffen. Als Begründung führte er an: 1. Alle Beteiligten hätten bestätigt, daß er nicht dabei war. 2. Die Begründung einer Fluchtgefahr könne er nicht akzeptieren, da er sich unter dem viel schwereren Vorwurf des Mordes freiwillig gestellt habe. Außerdem bezweifelte Abidin, daß der Staatsschutz zur Frage seiner Beteiligung irgendetwas Relevantes beitragen könne.
Nach einer 15minütigen Beratungszeit lehnte die Richterin den Antrag ab. Aufgrund Bazdins alter Aussagen beim Staatsschutz bestünde weiterhin dringender Tatverdacht wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Eine Fluchtgefahr dah die Richterin entgegen aller Logik weiterhin gegeben.
In der Ablehnungsbegründung der Richterin deutet sich an, daß die Anklage wegen Mord in "Körperverletzung mit Todesfolge" umgewandelt werden muß.

Politische Erklärung von Mehmet Hasim Ramme (gehalten am 4.10.1994)

1979 bin ich aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Meine Mutter war schon 9 Jahre vorher in die Bundesrepublik gegangen, weil sie in der Türkei keine Arbeit fand und nicht wußte, wovon sie leben sollte. Sie gehörte zu den billigen Arbe itskräften, die von den Deutschen in der Türkei angeworben worden waren. Sie hat hier immer gearbeitet. Für die schmutzigsten Arbeiten war sie gut. Aber aus der deutschen Gesellschaft blieb sie ausgeschlossen. Bis heute. Sie kannte nur ihre Sprache. Die eigene Kultur blieb weit weg zurück. Heute ist sie vom vielen Arbeiten in Deutschland krank, wie viele meiner Landsleute.

Ich blieb allein in der Türkei zurück, bis ich nachkommen konnte. In Berlin bin ich in die Schule gegangen. Einen Abschluß konnte ich nicht machen.

Dann habe ich gearbeitet 15 Jahre, im Gastronomiebereich. Ich bekam nur schlecht bezahlte Arbeiten. Ich hatte ja keine Ausbildung.

Vor 10 Jahren habe ich angefangen, mich für die Situation von uns Türken in Deutschland zu interessieren. Ich habe festgestellt, daß wir alle Pflichten in diesem Land hatten aber keine Rechte. Unsere Lage war immer unsicher. Um die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und der Arbeitserlaubnis mußten wir betteln, lange anstehen. Bei der Ausländerpolizei bekamen wir zu spüren, daß wir hier nur geduldet sind. Wenn wir uns auch nur das Geringste zu Schulden kommen ließen, mußten wir fürchten, die Arbeitserlaubnis zu verlieren oder gar aus dem Land geworfen zu werden.

Politiker redeten über die Ausländer wie über eine Landplage. Von "Asylantenflut" und "Überfremdung" hörten wir fast täglich im Radio und Fernsehen. Es wurden Rückkehrprämien ausgesetzt. Die Politiker wetteiferten mit Plänen, wie sie uns am schnellsten loswerden konnten. Viele gingen in die Türkei zurück und merkten, daß sie auch dort fremd geworden waren.

Die Haltung weiter Teile der deutschen Bevölkerung uns gegenüber folgte den Reden der Politiker. Während man uns früher meist übersehen, ignoriert hatte, bekamen wir immer häufiger Abneigung, Ablehnung und Abscheu zu spüren. Auf der Straße, in der Bahn, in Kneipen und in den Ämtern wurden wir als Menschen zweiter und dritter Klasse behandelt. Wir wurden als störend behandelt. Oft wurde uns offen Feindschaft gezeigt. Auch vor 1989 gab es Beschimpfungen und Anmache von Ausländer. Es gab Angriffe und rassistische Übergriffe. Von den Behörden und den Medien wurde versucht, alles zu verharmlosen und zu vertuschen.

1989 nach dem Fall der Mauer wurde die Lage für uns Ausländer in Deutschland viel schlimmer. Die Angriffe häuften sich., sie wurden brutaler. Die Folgen waren schwerer. Vor allem aber wurde Rassismus und Ausländerfeindlichkeit offen vertreten und auch in den Medien verbreitet.

Ich erinnere mich zum Beispiel an die Äußerungen vieler Deutscher im Fernsehen nach den Überfällen auf Flüchtlinge in Hoyerswerda. Normale Bürger spendeten den Gewalttäter Beifall und begrüßten die Gewalt gegen Flüchtlinge. Das war kein Einzelfall. Auch in Berlin trafen wir immer mehr auf Hetze gegen Türken und alles, was fremd aussah. Hitlers Geburtstag, der Todestag des Hitler Stellvertreters Heß wurden offen gefeiert.

Wir Nichtdeutschen, Einwanderer und Flüchtlinge waren die, die unter der zusammenstürzenden Mauer begraben wurden.

Der Staat und die Politiker taten nichts, um uns zu schützen. Ganz im Gegenteil. Die Polizei sah weg, wenn Gewalttaten gegen Ausländer begangen wurden. Es drängte sich uns der Eindruck auf, daß Polizisten es richtig finden, wenn Gewalt gegen Ausländer und Flüchtlinge ausgeübt wurde. Der Eindruck, die Polizei stehe auf Seiten der gewalttätigen Deutschen, hat sich inzwischen bestätigt, nicht nur in Hamburg, Berlin und Magdeburg. Anzeigen von uns wurden gar nicht entgegengenommenen oder nicht bearbeitet. Wenn es einmal zu einem Prozeß wegen Gewalt gegen Ausländer kam, wurde gar keine oder nur eine geringe Strafe verhängt.

In Ravensburg begründete der Richter im Februar 1992 das milde Urteil gegen einen Skin, der einen Angolaner erstochen hatte u.a. so,

Wir mußten davon ausgehen, daß die Hautfarbe des Opfers wesentlich zu der Tat beigetragen hat.

Das Landgericht Paderborn sprach drei Rechtsextreme frei, die vor einem Flüchtlingswohnheim gegrölt hatten:

Wir wollen keine Asylantenschweine!

Zur Begründung hieß es, die Angeklagten hätten mit ihren Parolen lediglich eine verbale Kurzform für das gefunden, was viele Bundesdeutsche meinen, daß nämlich zu viele Ausländer hier leben.

Strafprozesse gegen Ausländer endeten dagegen meist mit hohen Freiheitsstrafen und anschließender Abschiebung.

Die Politiker taten alles, um die Emotionen gegen Nichtdeutsche zu schüren. Kein Tag verging, an dem nicht über neue Hetze von Politikern der großen Parteien gegen sog. Asylanten und Ausländern berichtet wurde.

Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus Berlin:

Es kann nicht sein, daß ein Teil der Ausländer bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort "Asyl" rufen, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen.

Prof. Heckelmann, Innensenator in Berlin.

Die berechtigte Empörung über die ungeheuerlichen Rostocker Vorgänge aber dürfen nicht dazu führen lediglich neue Diskussionslawinen über angebliche Ausländerfeindlichkeit der Deutschen loszutreten, während das eigentliche Problem, der fortgesetzte unkontrollierte Zustrom von Ausländern auf dem Weg des Asylmißbrauchs weiterhin ungelöst bleibt.

Nicolaus Jung, CDU-Bürgermeister in Lebach, Saarland.

Die Stadt wird nicht zulassen, daß in Lebach die Zigeuner tanzen.

Manfred Ritter, CSU-Landesanwalt Ansbach/Bayern:

Vergleiche mit einem Heuschreckenschwarm, der überall, wo er durchzieht eine Wüste hinterläßt, sind keineswegs übertrieben. Die Lösung kann daher nur lauten:

Konsequente Abschirmung Europas vor der Zuwanderung aus den Entwicklungsländern.

Alfred Dregger, ehem. Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion:

Ausländer sind Gäste, nicht Bürger, und von daher auch keine Mitbürger.

Steffen Reiche, SPD-Vorsitzender in Brandenburg:

Große Flüchtlingsströme aus dem Osten können der Europäischen Kultur ein Ende setzen. Sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in der Zeit des Kalten Krieges.

Basilius Streithofen, Dominikanerpater und ehem. Berater des Bundeskanzlers:

Juden und Polen sind die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers.

Nicht nur die Reps, auch die CDU bestritt mit der Hetze gegen Ausländer auch Wahlkampf. Das berüchtigtste Beispiel ist der Wahlkampf 1991.

Der damalige CDU-Generalsekretär Rühe erklärte 1991 die sogenannte Asylfrage zum Wahlkampfthema Nummer Eins. Er verschickte im September 1991 an alle CDUFunktionsträger ein Schreiben, in dem er sie aufforderte in den Gemeinden, Kreistagen und Länderparlamenten die Asylpolitik zum besonderen Thema zu machen. Er legte Argumentationsleitfäden und Mustererklärungen für die Presse bei und einen Musterantrag, in dem vorformuliert war, daß "weitere Asylbewerber von der Gemeinde nicht mehr zu verkraften seien".

Die Folge waren immer mehr Angriffe gegen uns, Brandstiftung und Mord.

Hünxe, Rostock, Mölln, Solingen sind die Namen der Orte, an denen die schlimmsten Mordtaten begangen wurden.

Wen wundert es, wenn danach ein Angeklagter im Prozeß wegen der Anschläge in Mölln sagte:

Ausländer ? Das sind für mich Menschen dritter Klasse. Ich unterscheide allerdings zwischen Ausländern und Asylanten... Asylanten sollten allerdings dahin gehen, wo sie herkommen. Zu Ausländern möchte ich sagen, daß ich nichts gegen die habe, die bei uns arbeiten. Wenn sie keine Arbeit mehr haben, müssen sie Deutschland sofort verlassen. Ansonsten nehmen sie uns Deutschen die Wohnung weg. Ich habe keine Arbeit, weil mich niemand will, daß führe ich darauf zurück, daß die Ausländer mir die Arbeitsplätze wegnehmen, weil sie für billigeres Geld arbeiten. Aus den Gründen kann ich Ausländer nicht und schon gar nicht Asylanten leiden...

Ich bin stolz, daß ich ein Deutscher bin.

In Hünxe war der Zusammenhang zwischen CDU-Wahlkampf und rechter Gewalt offensichtlich. Drei Tage, nachdem ein Antrag entsprechend des CDU-Wahlkampagne (" eine weitere nennenswerte Zuweisung von Asylbewerbern ist für die Stadt nicht mehr verkraftbar") im Gemeinderat verabschiedet worden war, wurden von Skinheads Brandbomben in ein Ausländerheim geworfen und zwei libanesische Mädchen dadurch schwer verletzt.

Die Politiker reagierten auf solche Verbrechen nicht mit Mitgefühl, Hilfe und Schutz für die Opfer. Sie sprachen meist, wie der damalige Innenminister Seiters, nur von der "schweren Aufgabe", vor der die Polizei stehe, und bedauerten, daß das Ansehen Deutschlands im Ausland beschädigt wurde. Die Exportchancen der deutschen Wirtschaft standen auf dem Spiel. Die Wirtschaftsinteressen waren das, was dem Bundeskanzler und den Ministern Sorge machte, nicht der Tod der türkischen Menschen. Sie forderten, endlich müsse das "Asylantenproblem" gelöst werden.

Wir sahen unser Leben in Gefahr, unsere Würde bedroht. Wir sahen, daß der deutsche Staat uns nicht schützt. Immer mehr von uns beschlossen, den eigenen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. Wir schlossen uns zusammen, wir bildeten Antifa-Gruppen. ich habe mich bei den Berliner türkischen Jugendgruppen dafür eingesetzt, die Fehde untereinander zu beenden, damit wir uns gemeinsam gegen die rassistischen Angriffe der Rechten besser wehren konnen. Ich habe mich darum bemüht, daß wir selbst unseren Schutz organisieren.

Wir haben nicht angefangen. Die anderen haben den Krieg gegen uns eröffnet. Der Krieg, den wir nicht gewollt haben, ist uns von anderen aufgezwungen worden. Wir sind nicht die Angreifer. Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben hier zu leben.

Wir haben uns gewehrt. Wir haben erreicht, daß wir wenigstens in unseren Wohngegenden im Wedding, in Schöneberg und in Kreuzberg halbwegs sicher sind. In Kreuzberg kann ich auch abends mit meiner Frau auf der Oranienstraße spazierengehen, ohne mich ständig

umschauen und zur schnellen Flucht bereit sein zu müssen. In Marzahn und Hellersdorf kann ich das nicht. Diese Sicherheit für Ausländer hat nicht die deutsche Polizei geschaffen. Das mußten wir selbst erreichten. Rassistische und fremdenfeindliche Gewalt gibt es in Kreuzberg fast nicht mehr.

In der Nacht des 4. April 1992 wollten wir erreichen, daß es in Kreuzberg für uns sicher bleibt. Deshalb sind wir in das China- Lokal gegangen. Wir wollten die Reps und die anderen Faschisten vertreiben. Wir wollten nicht, daß die Reps sich bei uns breit machen und uns beleidigen und angreifen können. Deshalb wollten wir sie verjagen. Wir wollten niemand töten.

Vor Gericht gehören die, die für die rassistische Gewalt gegen Einwanderer und Flüchtlinge und andere Minderheiten verantwortlich sind. Nicht nur den Skins und den organisierten Neonazis sollte der Prozeß gemacht werden. Auch die im deutschen Staat und in der Politik, die durch ihr Reden und Handeln in Deutschland dazu beigetragen haben, daß unser Leben bedroht und unsere Würde mit Füßen getreten wurde, müßten vor Gericht gestellt werden.

Antifa-Prozeß - die Sensationsshow?

Zum letzten Prozeßtag waren endlich mal wieder jede Menge Leute erschienen Eigentlich nur Anlaß, sich mit den Angeklagten zu freuen So viele interessieren sich, trotz fast einem Jahr weggebunkert im Knast zu sein ist man nicht vergessen Sogar GenossInnen aus dem Ausland wollen ihre Solidarität zeigen, die Gefangenen wenigstens im Gericht besuchen

Aber anstatt sich alle schon vor dem Gericht freuen daß sich so viele Leute schon morgens um 6 aus den Betten quälen, um pünktlich vor dem Gericht zu sein, gibt es dort vor der Tur ein Gerangel wie bei Karstadt beim Winterschlußverkauf Da half das letzte Mal noch nicht mal, daß es Kaffe und Brotchen gab Fast jedem/jeder ging es nur noch darum, selbst in den Prozeßsaal zu kommen

Abgesehen davon, daß so ein Verhalten nicht gerade eine deutliche Darstellung von solidarischem Umgang miteinander genannt werden kann, gab es mal sowas wie eine Absprache zu den Prozeßbesuchen Mithilfe eines "Schlussels" sollte gewährleistet werden, daß FreundInnen von allen Angeklagten reinkommen, aber auch GenossInnen aus Westdeutschland oder dem Ausland sollten berucksichtigt werden Berlinweit sollte die Absprache für Prozeßbesuche am Donnerstagstreffen stattfinden, die anderen sollten sich (telefonisch) beim Prozeßbüro melden.

Für einen solidarischen Umgang! Bis zum nachsten Prozeßtermin!

Prozeß gegen Hamburger Antifaschisten

Am Dienstag, dem 08.11.1994 findet vor dem Landgericht Berlin, Turmstr. 91, Raum B 305 um 9 h die Berufungsverhandlung wg. Sachbeschädigung am 01. Mai 1992 statt. Kommt zum Prozeß! Sofortige Einstellung des Verfahrens!

Liebe Grüße und Kraft an Fatma, Mehmet, Abidin, Seyno und Carlo!

Grüße an die irischen Gefangenen Donogh und Pauline O'Kane, Pat Murray und Donna Maguire, die in Celle vor Gericht stehen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen aus RAF, Widerstand und Antifa!

Festgenommener beim WJ-Fußballturnier baute Bomben

Am Sonnabend, den 15. Oktober fand ein Fußballturnier der rechtsextremistischen Wiking-Jugend im Sportstadion Buschallee in Berlin-Weißensee statt.

Wie schon im vergangenen Jahr in Spandau spielten dort vier Mannschaften der rechtsextremen Scene auf bis zu zwei Plätzen um einen Pokal. Zur Anfeuerung standen am Spielfeldrand einige KameradInnen und sonstige Familienangehörige. Insgesamt wurde der rechte Haufen auf ungefähr 80 Personen geschätzt.

Die Bullen, die u.a. mit ihrer Sondertruppe "REX" beobachtend vor Ort war, nahm einen der Rechten fest, nachdem sie in einem Auto rechtsextremistisches Propagandamaterial und Musikkassetten gefunden hatten.

Wie später bekannt wurde, befand sich in dem PKW auch noch ein Rucksack, indem eine Bauanleitung für Bomben war. Der Typ, der festgenommen wurde, war der Besitzer dieses Rucksacks.

Eine anschließenden Hausdurchsuchung bei dem Rucksackbesitzer **Oliver Werner**, brache vier fast fertige Rohrbomben, diverse Uhren, Drähte und Schaltungen zur Herstellung von Zeitzündern, Schwarzpulver und weitere Chemikalien, die zur Herstellung von Bomben gebraucht werden zu Tage.


Für welche Ziele die Bomben gedacht waren, ist (uns) bislang nicht bekannt.

Der 20jährige Oliver Werner gehört zum direkten Umfeld des GdNF-Kaders Arnulf Winfried Priem. Während der AntiFa-Demo im Rahmen der diesjährigen Anti-Heß-Kampagne (AKTION '94) die am 13. August zum Haus führen sollte, in dem Priem sein Domizil hat(te), wurden O. Werner und A. Priem festgenommen, nachdem sie JournalistInnen mit Zwillen und Steine attackierten.

Seitdem sitzt Priem wegen "Bildung eines bewaffneten Haufens" und Verstoß gegen das Waffengesetz (scharfgemache Gaspistole) in U-Haft. O. Werner bekam nach einigen Tagen Haftverschonung, obwohl gegen ihn mindestens fünf weitere Ermittlungsverfahren laufen.

Das Verhalten der Bullen und der Justiz zeigt erneut, daß von ihnen nichts zu erwarten ist, wenn es um die konsequente Verfolgung von RechtsextremistInnen geht.

(s.a. Junge Welt der vergangenen Woche)



WE ge IN die AUtouome Kultur — Kultur elLe Au ToNo mi E ?

Kurze Vorbemerkung...

Autonome Strukturen weisen große Defizite im kulturellen Bereich auf. Menschen, die sich kulturell/künstlerisch betätigen, werden schnell als unpolitisch abgestempelt.

In unseren Arbeitsgruppen diskutieren wir – ernsthaft (zumindest versuchen wir's) – wir schreiben wichtige Papieren mit den richtigen Wörtern, die außer uns niemand versteht oder in einer Sprache, die allzuoft abgehoben, moralisierend, in Schwarz-Weiß-Schemata vereinfachend Diskussionsprozesse wiedergibt oder Sachverhalte darstellt.

"Kultur" findet danach statt – konsumptiv: Wir sitzen in der (Szene)kneipe, gehen ins Kino (zum Entspannen, Ablenken), hören Musik, gehen in ein Konzert; oder sitzen gar vorm Fernseher und schalten durch die Programme? Bestimmte kulturelle Bereiche werden oft von vornherein ausgegrenzt, riechen sie doch nach "herrschender" Kultur: z.B. Klassische Musik oder der gesamte Bereich Bildende Kunst/Malerei/Bildhauerei (Ausnahmen bestätigen die Regel, z.B. Mutoid Waste Company).

Es gibt aber doch offensichtlich ein Bedürfnis nach Kultur, nach Ausdrucksmöglichkeiten, die nicht verbal sind, nicht (nur) über den Kopf laufen, die Emotionen ansprechen, die uns bewegen (unsere Körper ebenso wie unsere Gefühle), die eine andere Form von Beschreibung und Reflexion der Verhältnisse darstellen.

Wir haben viele Fragen...

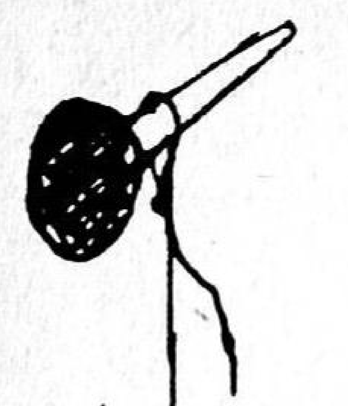
- Autonomer Kulturbegriff: Gibt's den? Wo grenzt sich unsere Kultur von der "herrschenden" ab und warum?

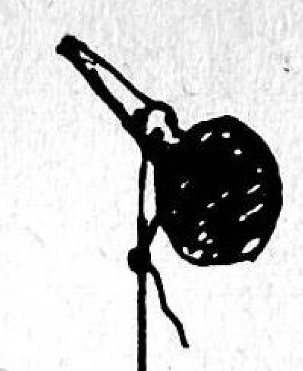
- Wieviele von uns reflektieren über den Zusammenhang von visueller Form und dem damit transportierten Inhalt, wenn sie bspw. ein Plakat gestalten oder eine Aktion vorbereiten?

- Wie kritisch ist unser Verhältnis zu bürgerlichen Medien und ebendieser Kultur, wenn wir Fotos (ohne Quellenangabe) für Plakate benutzen, die Opfer/Täter-Rollen festschreiben oder die pathosbeladen bürgerliche Klischees des/der "Autonomen" reproduzieren?

- Sind die Medienbilder von "uns" unsere Selbstbilder geworden, durch die wir uns – trotz Medienkritik – immer wieder selbst bestätigen?

- Paßt sich die grafische Gestaltung unserer Plakate und Flugis den herrschenden Normen an (von der Punk-Collage zum Computer-Lay-Out)?





- Wieviele in unserer Szene betreiben aktiv Kultur (Musikmachen, Malen usw.) ohne Ansatzpunkte und Möglichkeiten, diese Bereiche in die politische Arbeit zu integrieren?

- Welche Kultur findet in "unseren" Räumen überhaupt statt? (Hardcore-Konzerte sind p.c., Hip-Hop nicht?)

-Ist die Polit-Szene nicht mittlerweile eine Szene unter vielen, die sich kulturell reproduziert anstatt gesellschaftlich interveniert?

Was wir uns wünschen...

Wir wollen ein Kulturprogramm für den Autonomie-Kongress Ostern '95 organisieren, das sich nicht als Begleitprogramm versteht, sondern sich als eigenständige Form gesellschaftlicher Intervention begreift. Die Hierarchie zwischen PolitcheckerInnen auf der einen und Kulturschaffenden auf der anderen Seite respektieren wir nicht. Eine Trennung der beiden Seiten besteht ja auch nicht in jeder Hinsicht - unser Alltag ist eine Form politischer Kultur/Sub/Gegenkultur. Die Trennung bzw. Hierarchie wird aber in einer Zuspitzung dann doch deutlich: "Wie kannst du ein Bild malen, wenn hier die Flüchtlingsheime brennen?"

Wir wollen hier Leute ansprechen, die ihre kreative Arbeit von ihrem Politikmachen trennen (müssen), da diese ihre Form kaum bzw. keinen Raum in "dem" politischen Alltag findet. Dann wollen wir Leute ansprechen, die ihre kulturelle/künstlerische Arbeit als politisch begreifen und darin eine Priorität für sich setzen; und nicht zuletzt natürlich Leute, denen die kulturelle Einöde unserer Szene ein Problem ist und die Lust haben, hier neue Ansätze zu entwickeln.

Treffen zur Vorbereitung "Kultur auf dem Autonomie-Kongress" am MONTAG, den 31. OKTOBER, 20.00 UHR, BLAUER SALON (Mehringhof, Gneisenaustr.2a)

bis dann!

AG kunst kultur fun und action

Es wirkten mit:

WENN EIN FLIESENLEGER IN 1 STUNDE 100 FLIESEN VERLEGT, WIE VIELE FLIESEN VERLEGT ER DANN IN 2½ STUNDEN?

TIC!

SENNA HOY

DER NEUROTIKER? WER IST DER NEUROTIKER?

Bundesweite Demonstration

unter dem Motto

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes !

KAMPF DEM FASCHISMUS

Samstag, 5. November

11.00 Uhr Rathaus Plauen / Neubau

Einige Veranstaltung haben sich kurzfristig geändert:

NEU: *Donnerstag 03.11. 1994 20.00 Uhr Kulturhaus Herrfurthstr. 3 12049 Berlin (Neukölln) statt 27.10.

*Freitag 28.10. Plauen (Autonome Antifa (M), AA-Plauen) statt 27.10.

* Sonntag 30.10. 15.00 (I.Hilfe LEHRgang mit GenossInnen aus Berlin) in Plauen statt 23.10.

Spendenkonto zur Unterstützung der Betroffenen:
Kreissparkasse Plauen
Kto.-Nr. 44800095 - BLZ 87055820

Ein einziges Protokoll von den letzten beiden offenen Autonomie-Kongresstreffen am 20.9 und vom 18.10.94 im Blauen Salon

Aus unerfindlichen Gründen wurde es nach dem September-Treff verbaselt ein Protokoll zu schreiben. Das soll hiermit - wenigstens als Skizze .- nachgeholt werden. Die nachfolgenden Protokoll-Skizzen müssen dem Problem Rechnung tragen, für Leute geschrieben zu werden, die nicht unmittelbar an der Diskussion beteiligt sind. Daraus kann folgen, daß das was für die bisherigen KongressdiskutiererInnen an Begrifflichkeiten klar ist, noch lange nicht unbedingt "für andere" zu verstehen ist. Vielleicht werden die nachfolgenden Zeilen dem Anspruch gerecht, wenigstens ein Mindestmaß an Kommunikation über den Vorbereitungskreis hinaus zu ermöglichen Im Zentrum der aktuellen Diskussion steht nach wie vor die Aufgabe, eine für alle Beteiligten einigermaßen akzeptable, spannende und natürlich auch vernünftige Kongresstruktur zu formulieren. Schließlich werden wir uns auf dem Autonomie-Kongress einer Situation gegenübergestellt sehen, wo sich an vier Tagen ziemlich viele Leute zu einem gleichen Zeitpunkt an einem Ort und manchmal sogar in einem Raum befinden. Und das nicht nur, so gut es geht, relativ bewußt, sondern das auch noch (zunächst einmal) ganz freiwillig! Die zum Teil wg. Kongresso von weit her anreisenden Leute haben zurecht einen Anspruch darauf, irgendwann einmal von den Initiatoren zu erfahren, was diese sich eigentlich mit dem ganzen Unternehmen gedacht haben, was sie damit wollen und vor allem wohin sie (nicht nur) damit eigentlich wollen - außer natürlich direkt in 's 21. Jahrhundert, aber das ist selbstverständlich. So liegt denn in den Kongress-Struktur-Diskussionen eine sehr große Chance, die sehr ernst genommen werden muß. Schließlich kann es passieren, das daß während des Kongresses existierende "Hier und Jetzt" vielleicht so schnell in diesem Jahrhundert nicht wieder kommt. Deshalb haben wir alles dafür zu unternehmen, daß was wir dort tun und sagen wollen, so gut begründet wie nur irgendwie möglich zu machen und gegen vorgetragene Einwände und Kritik zu verteidigen.

Als Grundlage für die Diskussion auf dem September-Treff diente ein 15-Thesen-Papier, in dem versucht wurde, den Begriff des "Kennenlernens" politisch auf die aktuelle Situation der autonomen Bewegung zu beziehen. Die Diskussion bezog sich also immer noch auf den allerersten Kongreßtag

Leit(d)fragen aus der Diskussion vom September-Treff, an der rund 20 Leute teilnahmen: Wie verhindern wir (nach Möglichkeit) bereits in der Kongress-Struktur:

a) die bezugslose Summierung verschiedenster Fachkonferenzen ?

b) das Erzählen beliebigster persönlicher Geschichtchen und Anekdoten?

c) Wie können möglichst viele in der Struktur, die Ausdruck unserer noch genauer herauszufindenden tieferliegenden Querschnitts-Programmatik sein soll, vorkommen?

d) Läßt sich der unter dem Begriff von "Autonomie" herbei gewünschte konfrontative Querschnitt unserer politischen Vorstellungen über Begrifflichkeiten aus einer Psycho-Politik, wie z.B. durch den Begriff eines "Kennenlernens" herstellen ?

Was ist eigentlich unter dem Begriff des "konfrontativen Querschnitts" zu verstehen ? Zunächst einmal ist damit nur die banale Beschreibung der Tatsache gemeint, daß bereits in der Kongresstruktiur davon auszugehen ist, daß für viele Besucherinnen viele verschiedene inhaltliche, biographische und formale Zugänge zu einem Autonomie.-Kongress existieren. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß alle diese verschiedenen Zugänge sich vermutlich gegeneinander - aus guten Gründen! - nicht besonders "grün" sein werden. Die Hoffnung unsererseits besteht nun auch mit Hilfe einer Kongresstruktur darin, daß viele verschiedene Autonomie-Ansätze während des Kongresses ihren Anspruch und Raum öffentlich in dem Sinne geltend machen, indem sie zugleich begründen, warum sie die anderen Ansätze für nicht ganz so gut/ nicht richtig /falsch usw. halten. Genau das wäre dann der "konfrontative Querschnitt" mitten durch die vielfältige autonome Bewegung , von dessen Ergebnis wir uns erhoffen, Aufschluß darüber zu erhalten, was der Begriff der "Autonomie" eigentlich auf dem Weg in 's 21. Jahrhundert (nicht mehr) heißt und bedeutet.

In der nicht immer einfachen Gesprächssituation auf dem Plenum wurde an dem Begriff "Kennenlernen" kritisiert, daß er ein psycho-politisch belasteter Begriff ist.

Jeder von uns trägt wahrscheinlich einiges an gruseligen "Zwangs-Kennerlern-müssen"-Erfahrungen aus der eigenen Geschichte mit sich rum, die sich bei der öffentlichen Verwendung eines solchen Begriffes sofort im Kopf und dann auch auf der Zunge auftürmen. Es wurde in der Diskussion argumentiert, daß wenn bei dem Kongress rauskommen sollte, das wir nichts mehr miteinander zu tun haben wollen, es eher besser sei, das ein derartiges Ergebnis lieber am Ende des Kongress stehen sollte, als schon gleich am Anfang. Wenn wir sehenden Auges schon zu Beginn mit einem hochdramatischen und prekären Begriff des "Kennenlernens" in die Blockierung oder in "die aufgemachte Baustelle" reinrennen, vergeben wir uns möglicherweise eine Chance, die der Kongress doch erstmal darstellen soll. Vielleicht wäre am Beginn ein Leitmotto unter dem Begriff "Vorstellung" entspannter. Vielleicht kann auch dieser Begriff ein zentraler Schlüssel dafür sein, das Kongressanliegen, möglichst viele Leute und Gruppen in unserer Strukturen **"vorkommen zu lassen"** zu befördern. Klar ist, daß dieses "Vorstellen" auf keinen Fall in dem gruseligen Erzählen beliebiger Anekdoten in den gefürchteten Städteberichten ala 80er Jahre verenden darf. "Wir stellen uns vor" heißt auch: "Was stellen wir uns vor" oder energisch zugespitzt formuliert: "Verdammt noch mal, was stellst du dir eigentlich vor?"
Eine Leitfrage des ersten gemeinsamen Eröffnungsplenums, welches nebenbei bemerkt, aller Voraussicht nach, die wichtigste Großveranstaltung für den gesamten Kongress darstellt, könnte an alle Beteiligten lauten:
"Was hat eigentlich die Praxis meines banalen Teilbereiches (Antifa-Gruppe, Buchladen-Kinderladengruppe, Zeitungsprojekt etc.) mit einem Begriff von Autonomie zu tun?".
Praktisch umgesetzt würde das bedeuten, nachdem die Kongressvorbereitung ihre Programm- und Struktur-Vorstellungen so gut als irgend möglich vorgetragen hat, müssen für vielleicht ein bis zwei Stunden im Saal für alle ein paar Mikros zur Verfügung stehen. Das Vortragen unserer Strukturvorstellungen bedeutet übrigens nicht, "mal kurz irgend ne Frage in den Raum" zu rotzen. Im Gegenteil: Die von gewählte Fragestellung und die dafür anzuwendende Methode ihrer kollektiven Bearbeitung muß (besonders im Vorfeld!) minutiös hergeleitet, erklärt, transparent, hochgeblasen, begründet, anschaulich gemacht, gerechtfertigt und verteidigt werden. Alles andere ware ja nur der schrecklich beliebige autonome Stimmungsquark.

Protokoll vom 18.10.94

Erneut probierten rund 20 Leute während dieses Treffs in den Berichten und Diskussionen ihr Glück. Zunächst wurde von einigen Post-Eingängen berichtet. Der Kongressreader wird allerorten stark nachgefragt. Wenn das Interesse anhält, wird wahrscheinlich bald eine zweite, nach Möglichkeit verbesserte Auflage fällig. Eine Anfrage erreichte uns von GenossInnen aus Griechenland, die ihr großes Interesse an einer Kongressteilnahme bekundeten. Zugleich erkundigten sie sich danach, ob eine Kongresprache Englisch sein könnte. Ein paar von uns werden sich deshalb in nächster Zeit verstärkt um ein paar englische Vokabeln kümmern. For example: The autonomist movement doesn t like any imperialism, capitalism, nationalism, rassism, tourism, sexism an so on...
Aller Voraussicht nach, wird das nächste bundesweite Treffen Ende November nicht, wie ursprunglich angenommen in Hamburg, sondern in Erfurt stattfinden. Ein paar von uns haben schon Kontakt aufgenommen und wollen sich um die Technix der Einladung kümmern.
Von der **Öffentlichkeits-AG** wurde die Idee für ein Plakat und ein Logo vorgestellt. Das Plakat soll nicht nur auf den Kongress hinweisen, sondern auch "Lust und Freude" ausdrucken, so daß es von allen am liebsten innerhalb der eigenen vier Wände gehangt werden kann. Das Logo soll für die Kongressmobilisierung einen symbolischen Wiederkennenswert besitzen. Es soll aber auf keinen Fall angestrebt werden, dieses Logo, welches in Erfurt vorgestellt werden wird, in irgendeiner Art und Weise "bundesweit vereinheitlichen" zu wollen. Generell läßt sich über assoziativ gemeinte Symbole schlecht überregional diskutieren und schon gar nicht entscheiden. Es liegt ohnehin in der autonomen Entscheidungsmacht derjenigen Leute, die das Logo sehen, ob sie es aufgreifen, verwerfen oder sich am besten ein noch besseres ausdenken.

Darüber hinaus möchte die Öffentlichkeits-AG probieren, sich bei ein paar noch im Berliner Raum arbeitenden politischen Gruppierungen einzuladen, um dort einmal die Kongressidee und die bisherigen Überlegungen und Diskussionen vorzustellen. Sofern man und frau sich dann nicht gleich zerstreitet, besteht das Ziel dieser Bemühungen darin, diese anderen Gruppierungen für eine eigenständige und aktive Kongressmitarbeit zu gewinnen.
Aus der **AG Fun und Action** wurde berichtet, daß die bisherigen Diskussionen um den Punkt kreisen, wie es schon in der Kongress-Struktur möglich sein kann, die Kulturaktivitäten während des Kongresses nicht abgetrennt von den heiligen Polit-Sachen so als eine Art "individuelles Konsum- und Freizeitvergnügen nach Polit-Feierabend" stattfinden zu lassen. Klar ist das gemeinsame Interesse, daß die Kultursachen einen mindestens genauso großen Stellenwert während des Kongresses einnehmen sollen, als die Politdiskussionen. Dabei wurde in dieser AG bislang viel über einen Konsumbegriff diskutiert: In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, was wohl in der autonomen Scene erlaubt und was wohl nicht erlaubt sei ? Eine Rolle bei den bisherigen Diskussionen in der Fun und Action AG spielt auch die Frage, ob man bestimmte Sachen von den Kongress-Kulturaktivitäten ausschließen soll oder nicht. Darüber hinaus zieht sich in dieser AG ein Konflikt zwischen eher an Kultursachen gegenüber eher an Polit-Sachen interessierten Leuten durch. Klar sei aber im Selbstverständnis der Fun und Action-AG auf jeden Fall, daß man keine Lust auf die üblichen Kutursachen habe und man eine Kultur anstrebe, die etwas mit den Leuten mache, indem sie selber dabei etwas machen (sollen).
Von der **Jugend-AG** wurde berichtet, daß man noch an einem genaueren Programm für die geplante Jugendetage während des Kongresses herumbastele und deshalb derzeit noch nix genaueres sagen wolle.
Danach widmeten wir uns dem größeren Teil des Abend der mittlerweile allseits beliebten Strukturdiskussion. Dafür lag uns eine neues Papier vor, welches von der **Struktur AG** erarbeitet worden war. Es sah für die vier Tage keine jeweiligen Motten sondern eher Leitfäden vor. Mit Stichpunkten wie, z.B..: das Privtate ist politisch - der Geschlechterkampf - Opfer/Täterverhatnis/ Militanz Gewalt - Theorie/ Praxis usw verspricht sich die Struktur -AG während der Diskussionen auf dem Kongress nicht nur mehr Lebendigkeit und Kreativität, sondern verknüpft damit auch die Hoffnung, daß die ablaufenden Diskussionen zwischen den TeilnehmerInnen gleich in die spannenden Zwischenräume gelangen. Mit Rücksicht auf die bisher kontrovers geführten Kennenerndiskussionen, soll nun der ganze Kongreß einfach mit Hilfe eines großen "Guten-Tag" und "Seid alle ganz herzlich willkommen" - Begrüßungsplenums in einem "(Er)ÖFFNUNGSTAG, und das ganz im Sinne von Leute öffnen, Stimmung öffnen, Gedanken und Diskussion öffnen usw. begonnen werden. Danach soll es AG's geben, die am Abend mit einem Abschlußplenum zu dem Thema: "Bestandaufnahme und Kritik an der autonomen Bewegung" abgeschlossen werden. Für den zweiten und dritten Kongreßtag sieht dieser Strukturvorschlag vor, Thesen zu einem "Ende der Aufklärung" und zur "Organisierung" zu diskutieren. Für den vierten Tag ist dann eine gemeinsame fulminante abschließende Abschlußaktion angesagt, von der alle wollen, daß sie großartig sein soll.
Die anschließende Diskussion zeigte zunächst eine Tendenz, daß alle mit dem Grobkonzept für den ersten (Er) ÖFFNUNGSTAG einverstanden zu sein scheinen. Für spannenden Widerspruch sorgten jedoch in der Diskussion die vorläufigen Arbeitsthesen für den zweiten und dritten Kongreßtag vom "Ende der Aufklärung" und "Organiserung". Dabei wurde versucht, sich diesen beiden Thesen von vielerlei Seiten zu nähern. So provozierte beispielsweise eine erste Nachfrage , was denn mit dem Begriff der "Aufklärung" gemeint sein könnte, in dem Versuch der Beantwortung zunächst einmal einen riesigen Haufen von Mißverständnissen. Ist darunter nun die gesamte bürgerliche Aufklärung seit der Französischen Revolution zu verstehen oder nur eine komische Arbeiteraufklärungspolitik aus den 20er Jahren, mit dem nun leider diese oder jene autonome Antifagruppe immer noch versucht, die interessierte Öffentlichkeit zu belästigen? Wer ist eigentlich genau mit der diffusen Formulierung eines "wir" tatsächlich gemeint, wenn von einem "Ende der Aufklärung" gesprochen wird ? Etwa "wir" alle, oder eher bestimmte "andere Fraktionen" und überhaupt. Was soll das eigentlich alles für die Zukunft denn bedeuten: Vielleicht fängt mit dem Ende der jetzt ganz offenkundig falsch gewordenen Aufklärung im Grunde genommen nur

eines neue, natürlich viel vernünftigere Form der Aufklärung schon wieder an ? Gemeinsam schien jedoch in der Diskussion zwischen allen Beteiligten die Auffassung zu sein, daß wir aktuell in einer ekligen "Informationsüberflußgesellschaft" leben, in der wir uns selbst ohne größere Probleme die detailliertesten Details über den schlimmsten und gruseligsten Horror besorgen könnten, ohne daß noch irgend jemand von uns weiß, was er und sie damit eigentlich "politisch" anfangen soll. Es macht also auf jeden Fall keinem Sinn für eine autonome Politik mehr, die sich selbst ins 21. Jahrhundert bugsieren will, die Köpfe von "anderen" Leuten" mit einem Müll von "Informationen" vollzupumpen, mit denen man doch selber nichts anzufangen weiß.

Bei dem Punkt der "Organisierung" wurde kritisiert, daß das doch ohnehin der Spezialthema von bundesweit von ein paar hundert Hanseln und Greteln sei, die sich außerordentlich präzise in allen Organisierungs-und Organisations-Irrungen, Verwirrungen, Fußangeln, Lotterien und Intrigen der letzten 5- 10 Jahre auskennen würden. Daraus könne nur eine Art von Diskussion entstpringen, deren Zustand zwar von den meisten anderen andächtig bestaunt, jedoch kaum angeeignet werden könnte Auf den Einwand, daß wir die Sachen in der Kongresstruktur lieber nicht so hochblasen sollten, wurde entgegnet, daß wir ohnehin aktuell nirgendwo mehr die Gelegenheit haben, die Sachen, die uns interessieren endlich mal so richtig hochzublasen. Und zwar deshalb um einmal Land dafür gewinnen richtig zu assozieren, sich einmal eine Utopie auszuschmücken, sich einmal zu überlegen, was "Revolution heute!" eigentlich genau heißt und wo man und frau autonom vielleicht wieder in absehbarer Zeit gemeinsam zubeißen kann.

Wenn der Protokollant die Stimmung auf dem Plenum nicht völlig falsch verstanden hat, so kann der diese Zeilen neugierig lesenden Leserin mitgeteilt werden, daß sich bei dieser Diskussion die Laune der Diskutierenden erheblich besserte und endlich viele Gedanken in den Raum geschleudert wurden, die an dieser Stelle deshalb nicht aufgeschrieben werden sollen, weil die Polizei nicht unnötig beunruhigt werden soll. Die Struktur-AG hat versprochen, über diese Gedanken nachzudenken, sich Mühe zu geben, und den bisher vorgelegten Strukturvorschlag für den Autonomie-Kongress in diesem Sinne noch besser zu verbessern.

Nächstes öffentliches Kongresstreffen: 15. November, Mehringhof Blauer Salon 20 Uhr

Oberbaumbrücke

bleibt Stadtringlücke, wahrscheinlich nur noch bis 9. November

Der Berliner Senat plant an diesem Tag die feierliche Öffnung der Brücke für den motorisierten Individualverkehr (MIV - besser Mief). Seit Jahren tobt auf den unterschiedlichsten Ebenen z.T. sehr heftiger Widerstand gegen den Ausbau für den Autoverkehr. Der Berliner Senat scherte sich einen Dreck um die Interessen von AnwohnerInnen und BürgerInnen. Die Versuche auf demokratischen Wegen (mit Unterschriftensammlungen, Bürgerbegehren, Anträgen in Bezirksverordnetenversammlungen, unzähligen Demonstrationen) eine BürgerInnenbeteiligung an den Planungen zu erreichen scheiterten. Klagen wurden abgewiesen. Ein Hüttendorf auf der Brücke wurde von der Polizei geräumt.

Angesichts der lokalen und vor allem globalen Probleme werden wir uns dem ungebremsten Autoverkehr weiterhin entgegenstellen. Wir lassen uns unsere Gesundheit, unsere Umwelt und die Zukunft unserer Kinder nicht weiter kaputt machen.

Am 9.November 94 gibt es keinen Grund zu feiern.
Zeigen wir es den Haases, Diepgens, Hassemers und Nagels;

am Mittwoch, den 9. November 1994,
ca. 10.30 Uhr an der Oberbaumbrücke

16.30 Uhr Demo vom Kottbusser Tor zur Oberbaumbrücke
18.00 Uhr Abschlußkundgebung auf der Brücke

(Bitte die Tagespresse und aktuellen Flugblätter beachten, denn der Termin kann sich ja immer noch verschieben, z.B. durch Probleme auf der Baustelle.)

Außerdem zum gleichen Thema.

am Sonntag, den 6. November, 14.00 Uhr
Fahrraddemo ab Rotes Rathaus

Wir feiern solange auf der Brücke bis sie wieder autofrei ist und die erste Straßenbahn von Friedrichshain nach Kreuzberg rollt!

V.i.S.d.P. Kein Tunnel und R.Zörnt, Am Oberbaum 2, 10243 Berlin

"WÄHLEN GEHEN IST KEIN VERBRECHEN"

AUTONOME SPRINGPROZESSION ZU DEN URNEN DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE

"Jeder der wählt, wählt die Mitverantwortung. Er tritt mit seiner Stimme der Teilnahmelosigkeit und Gleichgültigkeit entgegen. Er wehrt sich gegen Entscheidungsunlust und Verdrossenheit, gegen Gewalt und Unverstand."
(Rita Süssmuth, 16.10.94)

Am Wahlsonntag fand endlich mal wieder eine machtvolle Demonstration der Autonomen hier in Berlin statt.
Das Bemerkenswerte an dieser Demo war, daß keine/r aus autonomen Kreisen dazu aufgerufen hatte. Und doch kamen Tausende. Es fing so nach dem Frühstück gegen 12, halb 1 Uhr an. Fröhliche Gesichter liefen in Kleingruppen durch das ehemalige SO 36. Doch anders als bei sonstigen Demos gab es keinen zentralen Sammelplatz. Merkwürdige Gebäude, die sonst von den automonen KämpferInnen eher mißachtet werden, waren das Ziel: Schulgebäude und Dienststellen der staatlichen Bürokratie. Selbst die Grünuniformierten, die jeweils als Päarchen vor den Eingangstüren Wache schoben, schreckten die Schwarzbuntbekleideten nicht ab. Hinein gings. Ins Wahllokal. Kurze Orientierung, die Pappe lässig vorgezeigt und schon ab in die Wahlkabine. Schnell das Kreuzchen gemacht, fein säuberlich den Schein ein- zweimal gefaltet, in den Kuvert gesteckt, und ab in die Urne. Noch ein kurzes "Ciao" und schon war der "Wahlakt" vollbracht.
Am nächsten Morgen wird die Zeitung aufgeschlagen und mit gewissem Stolz werden am WG-Tisch die Wahlergebnisse der PDS im alten 36-Kiez gegenseitig vorgelesen: 16.1% in den Wahllokalen am Mariannenplatz und der Köpenickerstr. - und der Christian hat's ja fast geschafft, das beste Ergebnis für den linken Antifa-Anwalt unter den Erststimmen der Grünen bundesweit!
So weit, so schlecht.
Durchaus repräsentative Umfragen in den Tagen nach der Wahl in unseren Freundeskreisen ergeben erschütternde Resultate. Mehr als 80 % der Autonomen Kreuzbergs sind zu den Urnen gelatscht. Damit war die Wahlbeteiligung höher als im Berliner Landesdurchschnitt. Glückwünsche von Rita Süssmuth sollen wir an dieser Stelle noch ausrichten.
Noch interessanter (und peinlicher) sind die aufgeschnappten Begründungen für diesen ungewöhnlichen Massenwahlakt:
"Ich hab PDS gewählt, weil ich damit die da oben am meisten ärgern kann", "der Gysi hat doch wirklich Witz und ist sogar noch ein Linker", "in der PDS gibts 'ne linke Fraktion und die müssen wir stärken", "gegen den Rechtstrend und Neofaschismus müssen alle Linken zusammenstehen, deshalb habe ich meine Erststimme Ströbele gegeben und die Zweitstimme der PDS", "die PDS ist zwar nicht meine Partei aber die tun doch als einzige was gegen die zunehmende Armut und Ausbeutung", "die PDS sind doch die einzigen, die noch was gegen den Kapitalismus und Imperialismus sagen", "wir stehen vor der Klimakatastrophe, die Grünen sind die einzigen, die konsequente Forderungen haben".
Wir wollen an dieser Stelle nicht ausführlich über das Programm und die rhetorischen Fähigkeiten der PDS herziehen. Nur ein paar Stichworte aus der Hitliste des linkssozialdemokratischen Opportunismus:

- Der Bundesvorstand distanziert sich von einem Wahlplakat der Hamburger PDS, wo "Freiheit für alle politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand" gefordert wird.
- Gysi fordert in Wahlreden wiederholt die Regierung auf, doch mehr Polizisten aus den Amtsstuben auf die Straße zu schicken, um so die Sicherheit für die Bürger zu erhöhen.
- der PDS-Bürgermeister von Hoyerswerda weist mahnend daraufhin, daß seine Mitbürger "noch nicht reif" für die Aufnahme von Ausländern in der Stadt sind.
- Lothar Bisky läßt zum Auftakt der Wahlkundgebung auf dem Mariannenplatz "Ton, Steine, Scherben" spielen und macht Anspielungen auf den damals bullenfreien Mariannenplatz im Kampf um das Rauchhaus. Derselbe Bisky hatte zu SED-Zeiten die damaligen Hausbesetzer, Anarchisten und Spontis als "kleinbürgerliche, antikommunistische Kräfte" in offiziellen Parteijargon tituliert.
- der stellvertretende Landesvorsitzende der PDS von Mecklenburg/Vorpommern gibt der faschistischen "Jungen Freiheit" ein Interview.
- das wenige, was die PDS zu "Frauenpolitik" von sich gibt, fällt sogar um Längen hinter die Position der Grünen zurück.
- nur dank der PDS-Bundestagsfraktion, die als einzige Fraktion geschlossen für Berlin stimmte, konnte der "Hauptstadtbeschluß" gefaßt werden.
- fassungslose Distanzierungen aus der PDS-Chefetage, als im Sommer 1990 die ausgestiegenen RAF-Mitglieder in der DDR verhaftet wurden ("Terroristen in unserem Land - Mielke noch schlimmer, als wir gedacht haben")
- "die Grenze verläuft nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Oben und Unten", lautete einer der zentralen Kernsätze der Wahlkampfauftritte der PDS in westdeutschen Städten. Wie das zu vereinbaren ist mit der von der PDS-Führung allerorts gewünschten und wenn möglich praktizierten Zusammenarbeit mit der SPD, können wohl nur die Herrn Brie, Gysi und Bisky selbst erklären. Oder doch nur alles Wahlkampfrhetorik, um auch den letzten Linken aus der autonomen Ecke zur Wahlurne zu locken?

Wir wollen nicht weiter in die Tiefen des an vielen Stellen höchst flachen Wahlprogramms der PDS einsteigen. Viel wichtiger ist die Frage, wie konnte es kommen, daß so viele Autonome den Weg in die Wahlkabine fanden? Was drückt das an politischer Orientierungslosigkeit oder eben Hoffnung aus? Und wieso wurde da vorher nirgends öffentlich drüber debattiert, außer einem recht schwächlichen Wahlaufruf für die PDS in der letzten INTERIM?

Für uns ist dieses Wahlverhalten eines Großteils der (sollen wir sagen "ehemaligen" ?) autonomen Scene bitterer Ausdruck ihres politisch desolaten Zustandes: Überall Rückzug, Individualisierung, miese Stimmung, Ohnmacht, stellenweise Durchhalteparolen, Weiterwursteln in Kleingrüppchen, Bewegungsresten. Bei von uns organisierten Demos zählen wir nicht mehr die Tausende, sondern nur noch die Hunderte. Kaum vorstellbar, daß gerademal vor einem Jahr, besonders aufgrund unseres massenhaften Widerstandes, Olympia verhindert wurde.
Überall wird von der Notwendigkeit der Organisierung geredet und gestritten, für parteiähnliche Strukturen wie in der Antifa-BO oder eben gegen Parteistrukturen. Unter jedem Flugblatt steht (noch) für "Freiheit und Selbstbestimmung". - Doch gewählt werden ganz plötzlich Parteien,

die nun alles andere als radikal das System infragestellen, sondern "das Land reformieren" wollen oder "Arbeit her" schreien.
Gut, die Linksradikalen in der BRD, aber nicht nur dort, befinden sich in einem tiefen Bewegungstal. Olympia war der letzte Höhepunkt hier in Berlin und kein neuer Bewegungsansatz ist in Sicht. Zum Kaindl-Prozess gibts 'ne gute Mobilisierung, aber von einem Erstarken der Antifa-Bewegung kann mensch eigentlich nicht sprechen, eher von augenblicklichen Schwächeanfällen auf Seiten der organisierten Faschos. Aber daß mit dem Bewegungstief auch eine tiefe Bewußtseinskrise einhergeht, verwundert uns nun schon doch.
Wie wollen wir denn in Zukunft glaubhaft von der Notwendigkeit von selbstbestimmten Handeln, gegen das System des bürgerlichen Parlamentarismus, für den Aufbau einer "Gegenmacht von unten" uns einsetzen, wenn wir dann doch alle 4 Jahre zu den Urnen laufen?
Wie wollen wir die konkrete Utopie eines libertären Sozialismus propagieren, wenn wir dann doch, wenn's hart auf hart kommt, die PDS unterstützen? Bloß weil die im Osten eine angeblich linke Volkspartei ist?
Für die Wahl der PDS in Kreuzberg gab es selbst unter dem taktischen Deckmänteichen, "daß die doch wieder in den Bundestag sollen", keinen Grund PDS, zu wählen. Was an erbärmlichen Begrundungen geliefert wurde, erinnert fatal daran, wie in den Jahren nach 68 die damaligen GenossInnen in die SPD drängten und besonders im "Willy-Wahlkampf" 72 endgültig ins System integriert wurden.
Ein ähnlicher Gang zurück in den Schoß des parlamentarischen Systems fand Ende der Siebziger Jahre mit der Gründung der Grünen Partei statt. Haufenweise militante Straßen- und BauzaunkämpferInnen versprachen sich auf einmal doch was von einer Partei. Natürlich, das Parlament sollte das Spielbein werden und der Kampf auf der Straße das Standbein bleiben, und in die Regierung wollte man/frau sowieso nicht (erinnert doch verflixt an den PDS-Slogan "Veränderung beginnt mit Opposition"). Heute steht der ehemalige Sponti Fischer an der Spitze dieser Partei und will Außenminister werden.
Die Begründungen waren immer die gleichen, damals wie heute. Tiefe Resignation über den Zustand der Bewegung und die Mühen der Ebene einfach nicht aushalten zu können - gingen einher mit persönlichen Veränderungen und verstärkten Orientierungen an Job, Familie, usw.
Wenn es heute eine starke autonome Bewegung geben würde, hätte so gut wie niemand den Gang zur Urne angetreten.
Aber nur weil wir schwach sind, besteht kein Grund zum Aufgeben unserer emanzipatorischen Vorstellungen und speziell kein Grund, von unseren Auffassungen über Parteien und Wahlen abzurücken.
Niemand bezweifelt, daß zumindest die Parteispitze der PDS in vielen Fragen progressiver ist, als andere etablierte Parteien. Auch wenn sie das "kleinere Übel" gegenüber der SPD und Grünen ist, ist **jede** Partei immer noch ein Übel und hat mit unseren Vorstellungen von Befreiung nichts zu tun.
Entweder wir sind AntagonistInnen zu diesem System und dann lassen wir uns auch von so nem Wahlquatsch nicht vereinnahmen oder aber wir geben unseren revolutionären Anspruch auf und hoffen auf einmal darauf, daß "die da oben" in den Parlamenten vielleicht auf einmal doch ne ganz gute Politik machen, wenn nur die richtige Partei einmal drankommt.
Und da das in Gänze heute noch nicht zugegeben werden kann, entstehen "einzelne Politikfelder", wo die PDS nun aber "wirklich gute Arbeit leistet" und deshalb wählbar sein soll. Wer sich so billig einfangen läßt, ist selbst schuld!
Spannend wird auch, was unsere ganzen lieben WählerInnen nächstes Jahr machen, wenn ein neuer Berliner Landtag gewählt wird. Wie wär's denn schon mal mit der präventiven Gründung von Wählerinitiaven "Autonome für die PDS" oder dem Versuch einer Neuauflage der Offenen Liste, wo dann auch Nicht-PDS-Mitglieder kandidieren? Platz an den Fleischtöpfen des Parlamentarismus ist sicherlich genug vorhanden, und vielleicht glauben ja auch einige ehemalige Autonome, daß sie dort doch am "besten und effektivsten" politische Arbeit betreiben können?
Dann liebe Ex-GenossInnen, tut euch wenigstens als politische Gruppierung zusammen und fordert für eure aktive Unterstützung der PDS-Politik ein paar Pöstchen, ein paar Mark und ein paar Arbeitskreise, die von Euch dominiert werden und wo ihr glaubt, Euch politisch artikulieren zu können.
Und wenn bei der nächsten Bundestagswahl schon der parlamentarische Pariastatus der PDS aufgehoben sein sollte (wie das Beispiel der Grünen zeigt, dauert das nicht ewig), und Kohl dann aber endgültig weg muß, ist der Weg frei für eine wirkliche Reformregierung unter SPD/Grüne/PDS. Dann kommt es aber total drauf an, die linken Kräfte in dieser Koalition gegen die SPD stark zu machen und PDS zu wählen!
Dann dürft Ihr nur nicht vergessen, mit harter Hand gegen die Provokateure von links vorzugehen, die Euer schönes Reformprojekt nicht haben wollen.

Brüder(Schwestern) zur Urne zum Kreuzchen
Brüder(Schwestern) zum Parlament empor
Hell aus dem Dunkeln Vergangen leuchtet die Regierung empor

Autonome/HF
(Historische Fraktion)

Wahl verschoben?

Unbekannte leisteten sich üblen Scherz

Einen üblen Scherz leisteten sich Unbekannte am Samstag in den Siedlungen Weegerhof und Hasseldelle. Dort waren einige 100 Briefe aufgetaucht, in denen die Bürgerinnen und Bürger angeblich von Oberstadtdirektor Dr. Ingolf Deubel benachrichtigt wurden, daß die Bundestags- und Kommunalwahlen von Sonntag, 16. Oktober, auf Dienstag, 18. Oktober, verlegt werden. Als Begründung wurde die „gravierende Verschuldung" der Stadt Solingen angegeben. Eventuelle Nachfragen hätten die Bürger unter einer Bürgertelefon-Nummer bekommen können — der Privatnummer des Oberstadtdirektors. Der erhielt am Samstag auch prompt etwa 20 Anrufe. Deubels Kommentar: Keiner der Anrufer hat die Aktion ernstgenommen, vielmehr überwog die Empörung der Bürgerinnen und Bürger. UWV

Beim Küssen Augen zu, beim Wählen Augen auf!

Bei Diskussionen die ich innerhalb der autonomen Szene zum Thema Wahlen mitbekommen habe, war die Alternative zum Wahlboykott stets die PDS.
Als Anarchistin wähle ich aus grundsätzlichen Gründen nicht; weil ich glaube, daß der Schaden den die Beteiligung im parlamentarischen System bringt, größer ist, als der Nutzen der durch eine andere Zusammensetzung des Parlaments entstehen könnte.
Dazu mag man stehen wie frau will; ich will hier nicht zum Wahlboykott aufrufen. Ganz sicher bin ich mir meiner Sache nähmlich nicht, und sicherlich werde ich nach der Bundestagswahl enttäuscht sein, wenn es wieder heißt - vier Jahre Kohl - und mich freuen, wenn es eine rot-grüne Koalition gibt und die PDS in den Bundestag einzieht.
Irgendwo klingt mir wahrscheinlich immer noch das demokratische Wahlgesäusel "deine Stimme entscheidet" im Ohr.
Andererseits glaube ich nicht, daß meine Wahlbeteiligung oder die Wahlbeteiligung der Autonomen Szene irgendeine Partei über die 5% Hürde hiefen kann.
Eine bewußte Wahlenthaltung kann aber helfen, in unseren Köpfen die herrschenden Denkmuster zu entfernen, die uns hindern wirkliche Alternativen aufzuzeigen.

Wie gesagt, ich werde nicht wählen. Wenn ich aber wählen würde, würde ich mich erst fragen, was ich bewirken will.
Deshalb wundert mich die Ausschließlichkeit mit der die PDS die Grünen als das kleinere Übel in unseren Köpfen verdrängt hat. Das die Grünen schon an sich ein recht großes Übel wird mir hier keiner bestreitenist, aber um mit der SPD eine "Wende" zu machen und um Geld und Informationen (zwei beliebte Gründe für rinke Wähler) von ihnen abzuzocken, taugen sie allemal. Und da die Autonomen genausowenig wie andere Leute Wahlprogramme lesen, dürfte ein linkeres Parteiprogramm der PDS auch nicht der Grund sein weswegen wir ihr den Vorzug geben.
Der Grund für die PDS Sympathie innerhalb der Revolutionären Autonomen Szene ist wohl das Sozialismus-Image, das sie sich im Westen gibt. Wie käme es sonst, daß wir mit der Nachfolgepartei eines Staates sympathisieren, den wir, wenn wir in ihm gelebt hätten, sicherlich bekämpft hätten?
Der Schaden, den die PDS anrichtet ist, daß, in unseren und anderer Leute Köpfen der Begriff des Sozialismus mit einer Realität verknüpft bleibt, die mit ihm genausowenig zu tun hatte wie unsere jetzige.
So wie stramme Sozialdemokraten der SPD treu bleiben und nicht merken, daß diese schon längst nicht mehr die Partei der Arbeiter ist, bleiben wir diesem Sozialismus treu und merken nicht daß er noch nie einer war.
Spätestens seit Stalin war die Sovjet-Union nichts weiter als ein um Macht kämpfender Nationalstaat mit einer ihrer Geschichte geschuldeten Ideologie. Wie sollten ihre Vasallenstaaten etwas anderes sein?

Im Klartext: Mensch kann PDS wählen, genauso wie mensch die Grünen, die SPD oder CDU wählen kann. Es bleibt alles im Rahmen des bürgerlichen Staates. Die PDS ist nicht sozialistisch.

Christine

BREMEN 3.Oktober '94

+++ Die Einheitsfeier in Bremen +++

Der ultimativste Tatsachenbericht

Vorab ein Zitat:
"So 'ne Randale ist natürlich was feines. Sie ist völlig korrekt, es gibt keinerlei moralische Bedenken, die dagegen angeführt werden können, macht Spaß, trifft die Richtigen und ist etwas sehr soziales und kommunikatives. Sozusagen was für 'jederzeit'." (Interim Nr.299)

'Wie alles anfing?'

Im Vorfeld war unsere Stimmung zum 3.10. ziemlich düster. Nicht nur die andauernde propagandistische Hetze von den HERRschenden gegen alles, was sich gegen die Einheitsfeier richtete, ließ harte Zeiten erwarten, sondern auch die Diffusität des 'Bündnis gegen den 3.10'. Das Bündnis lag sich mehr in den Haaren als konstruktiv zu arbeiten. Auf den bundesweiten Treffen kam das zum Ausdruck darin, daß nicht die erarbeiteten Kompromisse dargestellt wurden, sondern die Gruppen - von Arab (Antirassismus Büro), LEGO (Linke Einheit Gemeinsam Organisieren) bis hin zum AK (Antifaschistisches Komitee) - trugen ihre Uneinigkeit zur Schau und langweilten damit alle Auswärtigen. Durch dieses Verhalten, das die Frauen+Lesben schon auf den internen Vorbereitungsplenen kritisierten, konnte eine inhaltliche Arbeit kaum entstehen und auch die Vorbereitung reduzierte sich immer mehr auf die Vorbereitung der Demo, anstatt auf die auch geplanten Aktionstage. Aber um dies aufzuarbeiten ist hier nicht der Raum!!!



Zurück zu unserer düsteren Stimmung. Die Bullen setzten noch eins drauf: durch ihre militärische Ausrichtung, z.B. das Aufgebot von Wasserwerfern, 2500 Bullen +Sondertruppen,bis hin zur Aufstellung von Bundeswehreinheiten zur Versorgung; BKA+MEK durchschnupperten die Szene; Turnhallen wurden zu Knästen umfunktionert und Schnellrichter eingesetzt; es galt Sicherheitsstufe 1 in Bremen; usw. und dann das unbegründete Demoverbot.



Diese ganze Paranoia der HERRschenden bestätigte sich auch während der Mobilisierung. Z.B. observierte der Staatsschutz die bundesweiten Treffen und das besetzte Frauenprojekt Buntentor wurde vorher noch schnell geräumt.
Dies war Anfang September. Zwar rechneten wir mit Durchsuchungen im Vorfeld der Mobilisierung, aber Vermutungen lagen nahe, daß eine Räumung erst nachdem 3.10. erfolgt, weil es sonst zu viel Wirbel für sie gibt. Die bundesweiten Medienmeldungen nach der Räumung hielten sich in Grenzen, dennoch gab es z.T. heftige Gegenreaktionen, einen Brandanschlag auf das Lager des Abrissunternehmens, Scherben beim Innensenator und auch Einschüchterungen des Polit-Staatsanwalt von Bock und Pollach, sowie zahlreiche Demos u.a.

Aber weiter
Am Montag, den 26.9.94 detonierte, von den Bullen dann selbst gezündet, ein Sprengsatz vor der FDP-Zentrale in Schwachhausen (Stadtteil von Bremen). Dies sorgte nicht nur bei den Bullen für Verwirrung, sondern auch unter einigen aus dem Bündnis. Während sich in den Medien die Hetze verschärfte: *"Die Terroristen kommen! Splittergruppen der Rote Armee Fraktion (RAF) haben in Bremen zum bewaffneten Kampf aufgerufen"* (Weser Report - Bremer CDU-Hetzblatt) oder in der TAZ, in der der Anschlag Bremer Gruppen zugeordnet wird, distanzierte sich das Bremer Bündnis (allerdings forciert von einer Gruppe) in einer Presseerklärung von dem Anschlag. Dies bewirkte wieder z.T. berechtigte Kontroversen innerhalb des Bündnisses.
Besonders der AK, der mittlerweile das Bündnis verlassen hatte, kam ins Kreuzfeuer der Medienhetze. Als Aufhänger verwendeten die Hetzer eine Veranstaltung, die sich mit dem bewaffneten Kampf in den letzten 20 Jahren auseinandersetzte.

Wie's weiter ging!

Am 3.10 sollte die Demo um 8 Uhr anfangen. Der BGS riegelte bereits um 6.30 Uhr die Sielwallkreuzung (Treffpunkt der Demo) ab und errichtete Sperren. Die Zufahrtsstraßen waren ab 6.30 Uhr dicht, vorher konnten noch einige Busse nach Bremen gelangen. Eigentlich brauchten bis auf acht Göttinger, keine/r unter Bullenschutz die Heimfahrt antreten. Dadurch konnten ca. 2-3000 Menschen an den verschiedenen Demos teilnehmen.

Gegen 8 Uhr versammelten sich rund um die Sperren so an die tausend Leute. Erstmal abwartend, was sich so tat - noch etwas müde von der letzten Nacht ...

Währenddessen, ca. 7.30 Uhr, umstellte das Bremer SEK das Mädchenkulturhaus, wo die Frauen+Lesben (ca.150-200 Frauen) sich trafen. Das SEK war sich nicht zu blöde, um vermummt um das Haus zu schleichen und Steine aufzusammeln und sie vor die Fenster zu legen! Nach einer Stunde zogen sie wieder ab und die Frauen+Lesben konnten endlich auf die Strasse. Die Ereignisse um das Mädchenkulturhaus erfuhren die meisten erst im Laufe des Tages. Wo war das Demo-KO oder die MelderInnen?

Gegen 8.30 Uhr hatten sich am Ziegenmarkt, nachdem der Comet seine lezten heilen Scheiben verloren hatte, ein grösserer Demozug in Richtung Congress-Centrum (CC) in Bewegung gesetzt (so 600 Leute).

Indes fingen die Cops auf der anderen Seite der Absperrung an, 2 Wasserwerfer vor die 200 Leute aufzufahren. Diese verzogen sich daraufhin in die Seitenstrassen, so daß die Bullen ungestört mit Helm und Schild ein paar Aufwärmübungen auf der Strasse machen konnten.

Die so versprengten Leute begaben sich dann, angezogen von lauten Parolen, zum Dobben, wo sich dann sehr bald ein zweiter Demozug mit dem Frauenblock an der Spitze in Richtung CC auf den Weg machte.

Die Demo vom Ziegenmarkt war inszwischen, und keine/r wollte es glauben, durch die Ba(h)nnlinie durchgekommen, duchbrachen eine Bullensperre und standen auf der Bürgerweide, direkt vor dem CC. Dort zogen die Bullen dann einige Hundertschaften zusammen und die knüppelten mitten in die Demo. (Nur am Rande: Hier schlugen sie neben Leuten von uns auch ihre eigenen Zivis innerhalb der Demo zusammen, - sodaß einer ein blaues Auge und ein anderer eine aufgeplatzte Lippe hatte, die dann im Krankenhaus behandelt werden mußte. Wieviele Zivis insgesamt verletzt wurden und wieviele sich an der Demo beteiligten, ist nicht bekannt. Durch entsprechendes Outfit war es auch kaum möglich die Pigs zu erkennen.) Die Leute wurden dann





abgedrängt und dummerweise gelang es den Bullen 150 einzukesseln und 70-80 Leute für den Rest des Tages in den Knast zu schicken.

Der Rest durfte in Kleingruppen den Kessel verlassen, weil die Cops Transport- und Personalschwierigkeiten hatten. Hier ist noch festzuhalten, daß sich die Demo nicht aufgrund der Entschlossenheit der BremerInnen oder der Demokoordination zum CC aufmachte, sondern die Initiative von den sog. Auswärtigen ausging. Ohne die Auswärtigen wäre in dieser Situation, an diesem Tag, keine Demo zum CC gegangen. Leider konnte der Kessel nicht verhindert werden, weil keine/r vor Ort Verantwortung für die Demo übernehmen konnte, außer die erwähnten Auswärtigen, die aber aus Ortsunkenntnis nicht mehr flexibel reagieren konnten.

Der Frauen+Lesbenblock und die anderen Leute hatten zu dem Zeitpunkt (ca.9.30 Uhr) leider keine Ahnung von dem Kessel und was sich auf der Bürgerweide abspielte. Und so ging die Demo an dem Tunnel vorbei zum Bahnhof. (Hier hätte eine MelderInnenstruktur/ Demoleitung koordinieren müssen, doch war diese nicht existent/präsent. Das war schlecht!) Intuitiv war es wohl aber das Richtige, da das bei den Bullenstrategen für noch mehr Verwirrung sorgte. Diese Demo ging dann am Bahnhof vorbei. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite erkannten einige Leute eine Wiesbadener S-Klasse (BKA) und verbeulten die Karre. Mit quietschenden Reifen fuhr der Daimler dann davon. An dem nächsten Tunnel ging die Demo zielstrebig Richtung CC. Am Schlachthof griffen die Bullen massiv ein und drängten die Demo teilweise in die Seitenstraßen. Dabei berichteten uns Frauen+Lesben, daß die Bullen durch offenes sexistisches Verhalten versuchten Unsicherheit zu verbreiten, durch Kneifen oder sexistische Pöbeleien.

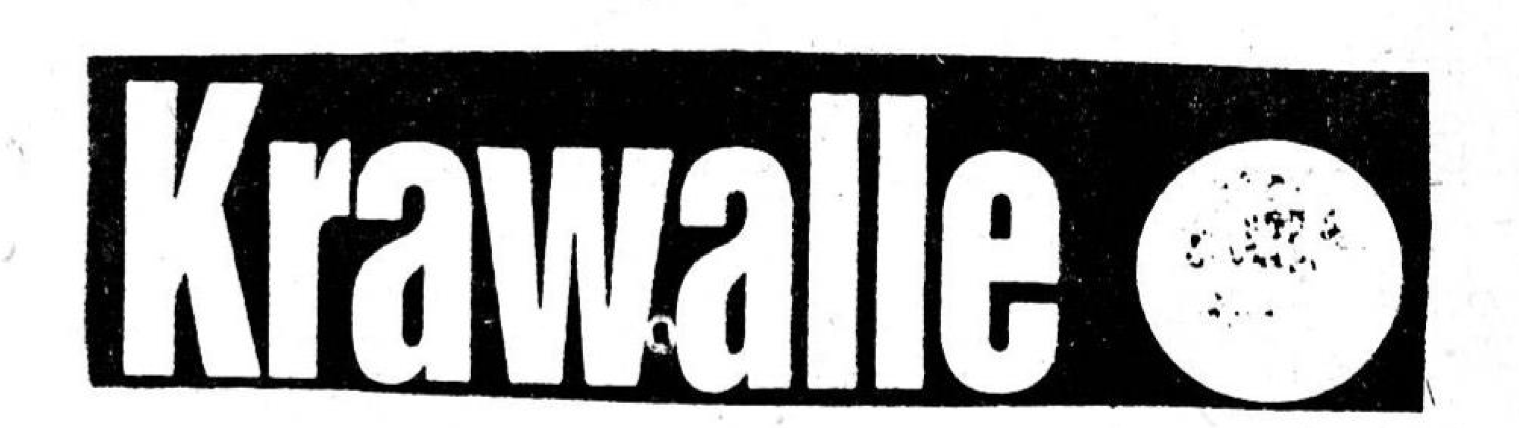
Nachdem dann der größte Teil der Leute in der Nähe des CC waren, kamen auch immer mehr Bullen. Leider waren wir völlig unvorbereitet auf diese Situation. Uns war die Heerschau der Bullen vor Augen, sodaß wir niemals erwartet hätten an diesem Tag in die Nähe des CC zu kommen. So kam es auch nur zu sehr vereinzelten militanten Aktionen. Z.B. wurde die Hinterscheibe eines BMW aus Hamburg geklatscht, der auf dem Weg zum CC war. Auch ein Zivi konnte von einigen Leuten eine heftige Abreibung bekommen.

Hierzu ein Zitat von Lothar Jachmann (Stellvertretender Leiter des Bremer VS): *"Für die Teilnehmer war das* (die Veranstaltung) *ein Schlüsselerlebnis. Sie wurden regelrecht zu solchen Anschlägen aufgefordert."*
Leider wurde durch dieses Mediengezetter, der Anschlag auf den Golfplatz in der Vahr, bei dem der Rasen teilweise umgegraben wurde, in den Hintergrund gedrängt. Ein Buttersäureanschlag am 29.9.94 auf ein SPD-Büro in Bremen-Nord fand, nach dem Angriff auf das FDP-Büro, hingegen ein großes Medienecho.

Der Repressionstango geht weiter
Am 27.9.94 kam es dann zu den ersten Durchsuchungen, die alle zur Behinderung der weiteren Mobilisierung dienten. Erkennbar ist dies an den ausgewählten Objekten und den beschlagnahmten Sachen. Durchsucht wurden: der Infoladen 'Umschlagplatz' (27.9+1.10.), der BBA-Laden (1.10), das 'Infobüro zum 3.10' (1.10) und das Sielwallhaus (2.10). Beschlagnahmt wurden: Telefone, Faxgeräte, Computer, Plakate usw. (Die Bullen sagten am 4.10. selbst aus, daß sie die Kommunikationsstrukturen zerschlagen wollten.)
Vor allem die Durchsuchung des Sielwallhaus war generalstabsmäßig geplant. Während das letzte DeligiertInnentreffen der verschiedenen Städte am Sonntagnachmittag laufen sollte, schlugen die Pigs zu. Auf einmal war das ganze Viertel Grün. Sie umstellten den Versammlungsort der DeligiertInnen-Versammlung und das Sielwallhaus. Die DeligiertInnen konnten sich noch rechtzeitig verdrücken, unter tatkräftiger Mithilfe der AnwohnerInnen. Im Sielwallhaus gab es kein Entrinnen mehr. Mehr als 70 Leute wurden festgenommen. 2 Stunden verwüsteten und besetzten die vermummten SEK'ler und der Staatsschutz das Haus. Diese Eskalation hatten wir in diesem Umfang nicht erwartet und wir waren von dem massiven Bullenaufgebot erschlagen.

Einigen war dies zu viel und -
"WIR KÖNNEN AUCH ANDERS!!!!"

Vorher wurden in 2 Stadtteilen (Peterswerder+Schwachhausen) drei Bonzenschüsseln angefackelt.
Um Mitternacht wurde der 'allseitsgeliebte' Comet entglastt. Völlig unerwartet hatten sich dort einige hundert Leute zusammengfunden.
Nun konnte der "soziale und kommunikative" Teil beginnen.
Die aufgestaute Wut vom Nachmittag konnte sich entladen.
Zuerst erwischte es einen Zivi-Wagen, der im Schrittempo am Ziegenmarkt (Platz im Viertel) vorbeifuhr. Nachdem dies nicht allen klar war, tauchte aus einer Seitenstraße eine Bullenschüssel auf, die gebührend empfangen wurde. Danach folgten nochmal 2 Zivi-Karren und dann war von den Bullen zuerst nichts mehr zu sehen.
Diese Gelegenheit wurde genutzt! Der Daimler eines Zuhälters wurde den Flammen preisgegeben. (Die Bild meinte: '200.000 Mark' und der Zuhälter: "Das wird noch ein Nachspiel haben")
Nach einer 1/4 Stunde kam dann der erste massive Bulleneinsatz und der Schauplatz verlagerte sich in die Seitenstraßen, nachdem die Bullen mit Argumenten eingedeckt worden waren.
Einige dachten, jetzt ist es vorbei. Aber innerhalb einer 1/2 Stunde brannten dann 5 Schüsseln rund um die Sielwallkreuzung, wo die Bullen mittlerweile Position bezogen hatten. Einige Kleingruppen begannen damit die Bullen massiv mit Steinen einzudecken, wobei es auch gelang eine Besprechung der Einsatzleitung auseinderzutreiben. Dies führte dazu, daß die Bullen sich genötigt sahen die Anwesenden zu vertreiben. Immer wieder gab es daraufhin heftige Gegenreaktionen. Besonders freute uns hierbei die musikalische Untermalung, die nicht nur in der Nacht für gute Stimmung sorgte, sondern auch bei der Besetzung des Viertels den Besatzerstatus der Bullen unterstrich.
Auf dem Ostertorsteinweg wurde derweil damit begonnen, alle Schicki-Läden, Sponsoren der Einheitsfeier zu entglasen und der Penny (Supermarkt) konnte geplündert werden. Einzelne heranfahrende Bullenwagen wurden mit Steinen eingedeckt und auf Durchzug gestellt. Während der Randale wurden dann nochmal 2 Wagen abgefackelt und an zahlreichen Nobelkarren die Scheiben eingehauen.



Den kommunikativen Teil überlassen wir euch selber, nur noch eine Statistik - Die Wagensportliga ist eröffnet (leider nicht alles unbedingt angemessen):
Yuppie-Klasse
Mazda-Cabriolet
neue BMW 3er-Reihe
Mittelschicht
Ford-Scorpio
Volvo-Combi
Mercedes 230E
BMW neue 5er-Reihe Peterswerder
2 Daimler Schwachhausen
Bonzenschüssel
500 sel
280 coupe
So das war's dann für den Abend.

der Terror der Chaoten

Dennoch hatten die Bullen um das CC alles im Griff und sie konnten, wie schon erwähnt, die ersten Massenfestnahmen durchführen. Für die Bullen war das eine stressige Lösung, da ihre Kräfte mit den Eingekesselten beschäftigt waren und mit den Leuten außerhalb der Kessel. Sie konnten der Lage nicht HERR werden. Somit wurden, von starken Bullenkräften begleitet, die Kessel aufgelöst und die Leute wurden links und rechts vom Bahnhof durch die Tunnel Richtung Innenstadt abgedrängt.
Dies sollte sich für die Schweine als Fehler erweisen! Nachdem die mittlerweile besserfunktionierende MelderInnenstruktur

dafür sorgte, daß die beiden Demoblöcke (ca. 1500 Leute) sich verbinden konnten, ging es in die Innenstadt. Auf diesem Weg wurden dann zahlreiche Wahlplakate geplättet, außer, wie die Presse erwähnte, die von der PDS - Das war so gegen 13 Uhr. Im Rücken der Demo nahmen die Bullen massiv Bullen Aufstellung, aber vorne war weit und breit nichts von Bullen zu sehen, außer einiger Zivis. Diese Gelegenheit erkannten zum Glück einige und das Bremer Bankenviertel verlor seinen Glanz und auch die dort anwesenden VolksfestbesucherInnen verliesen fluchtartig den Platz. Nachdem dann die Scheiben zu Bruch gegangen waren, machten sich einige zum Rathaus auf und sorgten auch dort für Durchzug. Eine abgestellte Security wollte dies verhindern. Doch wurde ihnen ihre zahlenmäßige Unterlegenheit zum Verhängnis. Zwei der Securities ließen ihren eigenen Chef im Regen stehen und der bezog dann eine angemessene Abreibung.
Danach kamen die Bullen massiv ins Spiel und sannen auf Rache. Einige Demo-TeilnehmerInnen wurden von den Bullen in die kaputten Scheiben der Banken geknüppelt und einfach liegengelassen. Zum Glück waren genügend Sanis zur Stelle und konnten Schlimmeres verhindern. Die Bullen begannen wieder mit ihren Einkesselungen und nahmen ca. 100 Leute am Domshof fest. Leider war niemand in der Lage diese Massenfestnahmen zu verhindern.
Danach wurde es dann erstmal ruhiger. Am Nachmittag war aber klar, daß sich die Politprominenz noch dem gemeinen Volk zeigen wollte. Dies sollte, wo sonst, an der Europa-Bühne ablaufen. Dort erschienen



Ein Feuerwehrmann löscht den Mercedes 500 SEC (Wert 200 000 Mark), den die Randalierer in Brand gesetzt hatten.

dann zwischen dem Kulturprogramm, einige Promis, aber im allgemeinen aus der zweiten oder dritten Reihe. Nachdem einige kritische BesucherInnen dann das Pressezelt der Bundesregierung besuchten, wurde dieses geschlossen. Es soll dort übel gerochen haben. Auch die Reifen des Deutschland-Bus mußten dranglauben.
Und zu guter Letzt' zeigte sich dann auch noch Roman Herzog am Rathaus dem Volk. Der Präsident mußte dann unter Pfiffen vorzeitig Bremen verlassen, weil die Pigs nicht mehr für seine Sicherheit garantieren konnten. Danach gab es dann noch eine kurze Demo mit zwei Redebeiträgen.
Nun merkte mensch schon, daß die Luft raus war - zwei Tage auf den Beinen. Und auch den Erfolg erahnend, den Schweinen den Festakt vermiest zu haben, zumindest sie kurzzeitig verstimmt zu haben, reichten, um den Heimweg anzutreten oder nach Hause zu gehen. Insgesamt eine für die zerstrittene Vorbereitungsgruppe und die massiven Angiffe auf unsere Zentren und Räume erfolgreiche Bilanz. Diesmal hat es funktioniert ihnen Sand ins Getriebe zu streuen. Auch wenn die Bullen konzeptlos waren und einige Aktionen dadurch erst möglich wurden, muß erwähnt werden, das wir diesmal die Situation für uns nutzen konnten.

Solche Gelegenheiten gibt es auch in anderen Städten, nutzt sie! Holt euch aus den Läden, was ihr

braucht! Versalzt ihnen die Suppe! Aber aufpassen, nicht blind sondern gezielt und verantwortungsvoll handeln!!

Für Bremer Verhältnisse!! - ÜBERALL!

Deutschland Halt's Maul!

Nun zum Knast

Auch hier hat es uns gewundert, daß die meisten Leute mit einem breiten Lächeln aus dem Knast kamen. Denn in den Knästen war keine Totenstille, sondern lebendiges Treiben. Vorweg, die Bullen hatten alle Hände voll zu tun.
In einer Gefangenensammelzelle in Oslebshausen wurde die Außenmauer eingehauen, so daß die Bullen zur Sicherung 2 Hundertschaften abstellen mußten. In der verbleibenden Zeit gab es auch einige Fußballtuniere mit einem selbstgemachten Ball (Zeitung und Klebeband). In einer anderen Sammelzelle, für Frauen, wurde wohl der ganze Linoliumboden aufgenommen und in einer Ecke gestappelt, sowie die Scheiben auf Durchzug gestellt, außerdem wurden ständig Parolen gerufen und Lieder gesungen. In einer nicht näher bestimmten Sammelzelle wurden die Heizungsrohre verbogen, sodaß das heiße Wasser nach draußen lief. Die Bullen hatten auf jeden Fall alle Hände voll zu tun, um ihre Ordnung aufrecht zu erhalten.
In der Sammelstelle in Hastedt lief es nicht so belustigend ab. Als Zellen hatten

die Bullen Garagen umfunktioniert und es war entsprechend kalt. Aber auch hier waren die Bullen beschäftigt. Sie mußten andauernd die Türen öffnen, wenn Leute pissen wollten und der Verschluß der Zellen, Plastikhandschellen, wurden andauernd wieder durchgebrannt. Daraufhin gingen die Bullen mit Tonfas in die Zellen und drängten die Leute zusammen. Dennoch war auch hier die Stimmung nicht schlecht. Was an dieser Stelle noch kritisiert werden muß, ist, daß die BremerInnen es völlig versäumten, sich um die Gefangenen zu kümmern. So war kein Fahrdienst zu den verschiedenen Sammelstellen organisiert, was der EA damit begründete, daß dies nicht seine Aufgabe wäre, na ja. Das wäre aber nötig gewesen, da die Leute teilweise in der Pampa ausgesetzt wurden, mußten sie lange Wege zurücklegen und warteten vergeblich auf Leute, die sie abholen. Deutlich war das besonders bei den Leuten, die am 2.10. im Sielwall festgenommen wurden. Die einfach nicht schnell genug ins Viertel kommen konnten.

Der letzte Stand
- der Ermittlungen ist, daß einige Verfahren eröffnet wurden, wegen Sachbeschädigung und daß alle Festgenommen eine Ordnungswidrigkeit begangen haben sollen, weil sie das Demoverbot umgangen haben. Entsprechend laufen auch Ermittlungen wegen Landfriedensbruch, aber bisher ist noch nichts Offizielles rausgegangen. Ansonsten versuchen die HERRschenden unter den Festgenommenen vom 2.10. im Sielwallhaus, 4 Rädelsführer zu konstruieren, sowie den Projekten, die die Demo unterstützt haben, das Geld zu kürzen.
Und im Apparat gibt es Diskussionen, mit welchen Mitteln die Autonomen bekämpft werden können. Dazu wird es eine Sonderkommission geben, die sich mit 'autonomen Gewalttätern' beschäftigen soll/wird. Außerdem meinen die Bullenstrategen, daß ihre Truppe bei den nächsten Demos das Kleingruppensystem der Autonomen übernehmen sollen, um dadurch erfolgreicher zugreifen zu können. Mal sehen wie das dann aussieht.

Warten wir es ab, erstmal kommen wir!!!! Sylvester 24 Uhr Sielwall!!!

Randale? Na klar!
Grüße an alle, die hier waren!

Militante Aktionsgruppen 3.10.



Jenseits von Eden gibts nur Heten?

Kritik zu dem Beitrag von Männern zu Sexualität und Herrschaft ("Jenseits von Eden", 6.Okt. Interim 302) welche sich auf einen Beitrag von Frauen/Lesben in der Interim 300 beziehen (Jenseits von"Links") und auf ein Interview von Frauen in der Interim 299 (Interview über Sexualität und Herrschaft").

Ihr schreibt als Männer abstrakt über Eure politische Einordnung, über Eure Kritik an den Frauen/Lesben, aber daß Ihr Eure Emotionalität mal auspackt und ähnlich den Frauen/Lesben von Eurer Wahrnehmung berichtet, wie Ihr Euer sexuelles Verhältnis zu Frauen seht, scheint Euch nicht einzufallen.
Auch ich habe meine Widersprüche mit einigen Passagen des Interviews und denke, daß unter Frauen/Lesbenzusammenhängen verschiedentliche Diskussionen geführt werden.

Auf den Text der FrauenLesben werde ich nicht weiter eingehen, sondern mir geht es hier um meine Widersprüche als Mann an dem Text der Männer.
Während die Frauen/Lesben die Verletzungen ihrer Würde offen machen und Ihre Scheißgeschichten mit Männer beschreiben und-, so der Eindruck des Interviews- eine positive Erfahrung mit einem Mann völlig fremd geblieben zu sein scheint, beißt Ihr Euch an dem Teil fest, an dem die Bella Vista(Interim 300) Euch auffordert, sich am revolutionären feministischen Widerstand zu orientieren.

Was mich an Euch Männern so wurmt, daß Ihr Euch nicht auf eine andere Passage bezieht, die auch für Euch'ne Diskussion wert sein könnte(Kleinfamilie,Heterosexismus etc.). Ihr bemüht Euch nicht im Geringsten, in Eurem Text darauf einzugehen, daß die Frauen/lesben Männer im Bett wie Faschisten beschrieben haben. Und was ich Euch

nicht abnehme, daß Euch diese Beschreibungen nicht auch tatsächlich getroffen hat. Ihr tut zwar in Eurem Text so, als ob diese Beschreibungen der Lesben/Frauen von Euch und Euren Sexgeschichten (Beziehung mit feministischer Freundin, One-Night-Stands Phantasien...)meilenweit weg wären. Ich glaube aber im Gegenteil, daß auch Ihr Euch an einigen Stellen des Textes wiederfinden müßtet, und zwar dann, wenn Ihr Eure sexuellen Verhältnisse reflektiert und Euch daraufhin überprüft, ob die krass beschriebenen Vorwürfe an die Adresse von Männern sich nicht auch auf Euch anwenden ließen.

Dazu müßtet Ihr aber mal versuchen, Euch in die Position der Frau hineinzuversetzen und Euch zu verstehen bemühen, ob jene Art und Weise, wie Ihr glaubt korrekten Sex zu leben von der anderen Seite der Geschlechterkampfbarrikade nicht auch anders aussehen könnte? Darauf laßt Ihr Euch aber auch kein Stück ein, sondern clever wie Ihr seid, erklärt Ihr sogar, daß diese stereotype Sichtweise von Männern nichts mit Euch zu tun hat.

Wie gesagt, ich glaube Euch das nicht! Alleine, daß Ihr Euch in Männergruppen bewegt und zeigt, daß auch Ihr feministische Papiere lest, muß für Frauen kein Unterschied Eurer patriarchal zugerichtteten (Hetero-)sexualität im Vergleichzu den Knochenmännern beispielsweise der Hafenstraße ausmachen(von denen wir ja schon immer wußten, was daß für Macker sind). Und selbst wenn Eure Beziehungen durch die Beziehungsarbeit Eurer feministischen Freundinnen nicht so schnell Gefahr laufen ins Visier der Frauen/Lesbengrüppchen zu geraten, so ist das kein Qualitätsstempel für Euch. Vielleicht seid Ihr gar so schlau, zu wissen, daß Ihr nicht die besseren Männer seid, aber die Lüge steckt im Detail. Die von den Frauen/Lesben formulierte Kritik laßt Ihr nicht an Euch heran, sondern sitzt bequem in Eurem Sessel von dem aus Ihr nur stereotype Männer erkennen könnt, die mit Euch nix mehr zu tun haben. Bevor der erste Gedanke in Richtung der Selbstrefektion kommt, erfolgt schon Euer (szene-)moralischer Freispruch



Ich hätte es besser und dem Text der Fraeun/Lesben-von denen ich es verdammt mutig finde Ihre Verletzungen und Scheißgeschichten derart offen zu behandeln-angemessen gefunden, wenn Ihr wenigstens punktuell Eurerseits eine offen Reflektion Eurer Sexualität gewagt hättet. Mehr noch; ich halte es für Eure Verantwortung als Männer mit antisexistischen Anspruch auch wenigstens punktuell vorzuführen, wie mann sich auch anders auseinandersetzen kann als wie üblich: ignorant, heuchlerisch oder reaktionär. Ich halte es für wichtig, gerade den durch Frauenkritik verunsicherten Männern vorzuführen, wie mann sich dem verfluchten Problem einer tief verinnerlichten gewalttätigen und herrschaftsfixierten Sexualität stellen kann, indem mann sich damit auseinandersetzt und nach herrschaftsfreien Auflösungen sucht.

Jetzt zu Eurer Kritik der Passage in dem Text der Bella Vista(es folgt Ihr Zitat:) "Solange es keine fortschrittliche linke revolutionäre Männerbewegung gibt, die sich an revolutionär feministischen Analysen orientiert, müssen wir FrauenLesben die Kontrolle der Täter übernehmen." Aus dieser Passage macht Ihr in Eurer Erwiderung folgendes; "Die Erwartungen, die von "Bella Vista" an uns gestellt werden, sich als Männerbewegung der Frauenbewegung unterzuordnen, wollen wir nicht erfüllen". Unterzuordnen...also, mal ehrlich; schon der Gedanke an Unterordnung macht Euch Angst und Bange und wenn die FrauenLesben von Orientierung an ihren Analysen schreiben, fühlt Ihr Euch schon in Eurer "Freiheit" beschnitten... Hört Ihr da eigentlich nicht selber die Nachtigalen trapsen...? Ich finde das ja hochgradig verdächtig von Euch...was ist für Euch (um mal bei Eurer Wortverdrehung zu bleiben) so schlimm, sich einfach auch mal unterordnen zu können. Männer ordnen sich so gut wie nie unter. Bereits diese Angst vor der möglichen Unterordnung macht Euch zu Angstbeißern und drückt Euer angstbesetztes Kampfverhältnis zu FrauenLesben aus; Eure Macht nicht loslassen zu wollen, legitimiert be-reits die Position der FrauenLesben, auch weiterhin die Kontrolle über Täter übernehmen zu müssen. Inclusive Euch.
Sie selbst schreiben übrigens "müssen", das heißt nicht wollen, der Unterschied ist wichtig(den muß ich nicht doch auch noch erklären).

Und sie haben verdammt noch mal recht: Es gibt sie nicht; die antipatriarchale revolutionäre Männerstruktur . Dies bißchen Männergruppen, die paar wenigen öffentlichen Aktiönchen,die paar miltanten Aktiönchen der "Flammenden Herzen", ein Männerrundbrief, ein Beitrag mal hier, mal da und alle Jubeljahre eine inhaltliche Veranstaltung und alles was ich jetzt noch vergessen habe; was ist das schon im Vergleich zur gesellschaftlichen patriarchalen Realität? Zugegeben, ein Totschlagargument. Immerhin gibt es Männer die sich am antipatriarchalen Anspruch messen lassen wollen. Aber wir sind noch weit davon entfernt, alleine in unsren Strukturen Verantwortung dergestalt zu übernehmen, daß es keine Vergewaltiger gibt, bzw.daß wir in der Lage wären, Täter in Schach halten zu können. Die antipatriarchalen Diskussionen unter Männer sind derart jung und unsere Verstrickung in patriarchales Täterverhalten aufgrund patriarchaler Zurichtungsprozesse so tief, daß wir noch weit davon entfernt sind, daß es von Seiten der FrauenLesben keine Notwendigkeit wäre Täter in Schach halten zu müssen, die Kontrolle nicht zu verlieren.

Der Ansatz, inwieweit eigenes Rollenverhalten Männer deformiert, ist ja durchaus diskussionswürdig, aber wieso Ihr das gegen die Kritik der Frauen stellt, ist mir unverständlich. Und daß sich Männergruppen zu sehr an Theorien und Konflikten mit Frauen aufgehalten haben,als sich um sich sel bst zu kümmern, bitteschön, das könnt Ihr doch wohl nicht ernst meinen,(wo sich hier um Männer alles dreht). Männergruppen sind Ergebnisse von FrauenLesbenkämpfen, jede Leugnung eine Sauerei und daß FrauenLesben unsereins jahrelang zur Auseinandersetzung um Sexismus zwingen mußten(!) eine Tatsache.

Sich von diesem Zusammenhang loskoppeln zu wollen, kann nur als ein Teil des patriarchalen Rollbacks gedeutet werden, welcher auch vor antipatriarchalen Männerstrukturen nicht mehr Halt zu machen scheint!

bronca negra

Drucker-Schrift

(ddp/ADN). Auch Laserdrucker schützen Erpresser künftig nicht in jedem Fall vor der Entdeckung. Britische Kriminalwissenschaftler der Londoner Metropolitan Police können jetzt Briefe von Laserdruckern anhand typischer „Fingerabdrücke" identifizieren, berichtet die Fachzeitschrift *bild der wissenschaft* in ihrer neuesten Ausgabe.

Dazu bedient man sich der charakteristischen Fehler, die bei der Benutzung in der Belichtertrommel der Drucker bzw. Kopierer entstehen. Allerdings haben nur 60 Prozent aller Laserdrucker überhaupt einen Fehler auf ihrer Trommel.

KEINE ZWANGSARBEIT BEI BMW FÜR ROBERT !

Stell dir vor, dir wird heute mitgeteilt, daß du ab morgen bei BMW eingestellt bist. Ohne gefragt zu werden. Für einen Tageslohn von ca. 9 DM. Für stumpfsinnige Arbeit. Sie drohen mit verschärfter Einzelhaft (Arrest) und anderen Disziplinarmaßnahmen, fallst du dich weigerst. Du weigerst dich schon zum 3. Mal, bei BMW zu arbeiten. Sie geben dir dafür auf's neue den Titel "Schuldhaft ohne Arbeit", obwohl dir eine Umschulung verweigert wird. Das heißt, keine vorzeitige Haftentlassung, keine Hafterleichterungen, keine Umschulung...

Seit dem 23.9.94 weigert sich Robert, Gefangener im Knast Straubing/Bayern, für die Profite des Automobilkonzerns BMW und der JVA Straubing zur Zwangsarbeit auszurücken. BMW ist ein Multinationaler Konzern mit jährlichen Gewinnen in Mrd.-Höhe. Diese Gewinne verdankt der Konzern einer weltweiten Ausbeutung von Menschen und der Natur - sowie der Zwangsarbeit von Gefangenen, die dafür einen Hungerlohn bekommen. Für die Wirtschaft und den Knast selbst ist diese Sklaverei eine lohnendes Geschäft. Multikonzerne von Daimler bis PanAm sowie Wäschereien und Gerichte lassen im Knast für Pfennigbeträge arbeiten. Dafür werden japanische Bremsbeläge in deutsche Marken-Kartons umgepackt, Mahlzeiten für Flugreisen verpackt, Sylvesterböller produziert, Beamten-Uniformen gewaschen und Richterroben geschneidert... Es gibt keine Tarifverträge und entsprechende Sozial- u. Rentenbeiträge werden nicht gezahlt.

Betriebsräte und Gewerkschaften schweigen.

Wir kennen Robert über seine Mitarbeit zu dem Buch "Freiheit gestreift - Texte gegen den Knast!", das im Sommer mit einem Beitrag von ihm über die Situation im Knast Straubing erscheinen sollte. Sein Beitrag wird bis heute angehalten. Robert wird wegen seines konsequenten Widerstandes - Arbeitsverweigerung, konsequentes Bestehen auf seinen Rechten, solidarisches Verhalten gegenüber seinen Mitgefangenen, Mitverfassung des Straubinger Manifestes (das sich für Rechte und die sozialen Belange der Gefangenen einsetzt) - ständig schikaniert.

Gesundheitlich ist Robert in einer bedenklichen Verfassung. Eine externe ärztliche Untersuchung wird ihm verwehrt. Die Anstaltsärztin droht, ihn aufgrund seines umfangreichen Schriftverkehrs (Anträge, Beschwerden...) als "Querulant" einzustufen, um ihn somit in das berüchtigte Haus III einweisen zu können. Viele kennen noch den Fall von Sven, sowie die Skandale um den Einsatz von Psychopharmaka (Beton-/Depotspritzen) in dieser psychiatrischen Abteilung der JVA Straubing. Angesichts dieser offenen Drohung ist eine ärztliche Behandlung in der Anstalt für Robert wie für alle Gefangenen kaum vorstellbar.

Aufgrund von Mutmaßungen eines knastinternen Spitzels, Robert habe 1 Gramm Hasch gegen acht Tassen Kaffee getauscht, wird er mit einer Zellenrazzia und Ermittlungen (natürlich ohne Erfolg) schikaniert. Diese Vorwürfe sind haltlos. Anstalt und Justiz legen es somit immer wieder darauf an, Verfahren gegen unbequeme Gefangene einzuleiten. Mit den Ermittlungen verfolgen sie die Absicht, Robert in seinem Engagement zu brechen. So suchen sie ständig nach Gründen, um Robert mögliche Hafterleichterungen vorenthalten zu können. Besonders ärgerlich für die Anstalt sind dabei Roberts erstrittene juristische Erfolge und sein Versuch, mittels der von ihm angestrebten Gerichtsverfahren auf die Situation der Gefangenen in Straubingen öffentlich hinzuweisen.

Es kann besonders in Straubing nicht von Meinungs- und Informationsfreiheit die Rede sein. Jede kritische Öffentlichkeit ist der Anstalt zutiefst unangenehm und wird mit großer Anstrengung verhindert: Überwachung des Briefverkehrs, Nichtweiterleitung und Anhaltung von Briefen (auch privater Post), Verschärfung der Haftsituation für sich zu Wort meldende Gefangene, bishin zu Drohung mit der Behandlung mit Psychopharmaka.

Offenbar um zu verhindern, daß Robert aus seiner Situation heraus soziale Kontakte aufbaut bzw. aufrecht erhält, wird seine Post immer wieder angehalten bzw. nicht weitergeleitet. Hinzu kommt, daß er sich keine Briefmarken vom Eigengeld kaufen kann. Schreiben ist oft die einzige Möglichkeit für Gefangen, mit der sie auf ihre Situation aufmerksam machen und soziale Kontakte aufrechterhalten können.

Perfide ist, wenn nun die Anstalt eine Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung damit verwehren will, indem sie ihm mangelnde soziale Kontake vorhält.

Spendenkonto: unrast, Kontonummer 500 56 08 BLZ 400 501 50 Stadtsparkasse Münster

Bücher zum Thema:

Freiheit gestreift... Texte gegen den Knast,
Hg. unrast-kollektiv/anares nord
ca. 220 Seiten, ca. 20 DM

In einem Fremdenland -
Flüchtlinge und Deutsche erzählen
Hg. Ulrike Behnen / Flüchtlingsrat NRW
ca. 300 Seiten, ca. 20 DM

Ab Dez / Jan in Buch- und Infoläden o. beim Unrast Verlag, Postf.8020, 48043 Münster

Bücher und weitere Infos:
Antirepressionsgruppe
c/o UNRAST VERLAG
Postfach 8020
48043 Münster
fax: 0251-66 61 20

Soidaritätspost an:
Robert Doßler
Außere Passauer Str. 90
94315 Straubing

KEINE ZWANGSARBEIT!

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

FREIE ARZTWAHL FÜR ALLE GEFANGENEN !



Also schreibt Robert !   Der Knast zerstört soziale Kontakte !

Wir finden es in der augenblicklichen Situation besonders wichtig, daß sich viele mit Roberts Widerstand solidarisieren, auf seine Situation aufmerksam machen und ihm schreiben!
Robert's Situation steht für die vieler Gefangener!

Knäste sollen Feindbilder und Ängste erzeugen, Menschen ausgrenzen und vereinzeln.
Knäste haben noch nie eine Gesellschaft postitiv verändert oder Probleme gelöste.
Das Knastsystem dient dem Staat als Lüge, um sich selbst zu legitimieren, um vorzugeben er würde Probleme lösen.
Mit Themen wie "Innere Sicherheit" und mit den weggesperrten Menschen in den Knästen wird zur Zeit verschäft eine Hetze betrieben, die die eigentlichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme wegheucheln soll und Widersprüche kaschiert.

Wenn wir Menschen wie Robert mit ihrer Situation nicht allein lassen, auf seine Situation und die Situation von Gefangenen generell aufmerksam machen, ihnen schreiben und Kontakte herstellen, zeigen wir, was wir von der Isolation und der Diffamierung von Menschen in dieser Gesellschaft halten.

Hier ist nun nicht viel Platz, um über den Knast grundsätzlich zu reden, da diese Information der konkreten Solidarität mit Robert gilt.
Eine grundsätzliche Auseinandersetzung ist uns aber sehr wichtig. Mit dem Buch "Freiheit gestreift... Texte gegen den Knast", das sich mit der Funktion von Knast (insbesondere Männerknast) auseinandersetzt und Widerstand im Knast (z.B. SantaFu 1990) durch Erzählungen von Gefangenen beschreibt, wollen wir eine entsprechende Auseinandersetzung führen. Wir planen, daß das Buch im Dezember 1994 erscheinen kann, möglichst mit Roberts Beitrag.
Parallel erscheint im Unrast-Verlag das Buch "In einem Fremdenland - Flüchtlinge und Deutsche erzählen", indem u.a. ausführlich die Abschiebehaft thematisiert wird. Wer sich für unsere Diskussion, für das Buch oder für weitere Informationen zu Robert interessiert, kann sich bei uns melden.
Wer sich zum Thema Frauen und Knast informieren möchte, dem enpfehlen wir die entsprechende Ausstellung der Gruppe MAFALGA, c/o Initiative für Gefangene, Gneisenauerstr. 2a, 10961 Berlin - u.a. ein Reader zur Ausstellung ist dort erhältlich.

Komitee gegen Sklaverei und Zwangsarbeit

Greifen wir nach den Sternen:

Widersetzen wir uns diesem Europa!

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich in Essen die 12 Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Dagegen wird es in Essen vielfältige Straßenaktionen, einen Gegengipfel, sowie am Samstag eine Großdemonstration geben.

Aus diesem Anlaß laden wir in Berlin zu einem Seminar am 5./6. November ein. Wir, das sind Menschen aus einigen Gruppen, vom Antifa- bis Internationalismus-Spektrum. Mit der Herausbildung der EU werden sich die Herrschaftsverhältnisse global wie auch innergesellschaftlich neu formieren. Von der Linken wird dieser Prozeß nur oberflächlich reflektiert, geschweige, daß es dagegen einen nennenswerten Widerstand gäbe. Es ist sogar die Illusion weit verbreitet, daß sich mit der EU nationalistische Strömungen überwinden ließen oder daß eine "demokratische" Umgestaltung der EU möglich sei. Demgegenüber denken wir, daß mit der EU eine neue Epoche neokolonialistischer Politik eingeleitet ist, die das globale Machtgefüge zugunsten einer BRD-dominierten EU verschiebt, basierend auf scheindemokratischen und diktatorischen Strukturen.

Am 1.Tag des Seminars wollen wir eine inhaltliche Bestandsaufnahme in thematisch umrissenen AGs versuchen: Diese umfassen die sozialen Auswirkungen, die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge, die Europakonzepte der Rechten sowie das Wirken der EU in Osteuropa und die ausgebeuteten Länder des Südens.

Der 2.Tag beginnt mit Berichten aus den AGs. Anschließend wollen wir ebenfalls in AGs die Frage von Ansätzen und Perspektiven eines gemeinsamen Widerstands gegen das EU-Imperium diskutieren. Dabei erhoffen wir uns eine spektrenübergreifende Diskussion, um eventuell zu einem arbeitsfähigen Zusammenhang gegen die EU zu gelangen.

Veranstaltungsort:

Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
Aufgang III: SFE (2. Hof)
10961 Berlin
U-Bahn Linien 6,7 Mehringdamm

Anmeldung: (bitte schriftlich)

EU-Seminar-Vorbereitungsgruppe
c/o BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V.
Winsstr. 53
10405 Berlin
Tel. & Fax (030) 442 61 74

[redacted]

bei Anmeldung bitte angeben, ob Schlafplatz nötig ist und/oder Kinderbetreuung erwünscht wird

Fahrtkosten können höchstwahrscheinlich zum Großteil erstattet werden

Arbeitsgruppe 1

Festung Europa

Repression, Asyl- und AusländerInnenpolitik

»Der Schwerpunkt der AG liegt auf der seit Mitte der 80er Jahre verstärkt vorangetriebenen Abschottung Europas gegen Flüchtlinge. Die Repressionspolitik beschränkt sich nicht auf Flüchtlinge, sondern wird auf alle ausgeweitet, die als Gefahr für die reibungslose Umsetzung des "Projekts Europa" angesehen werden. Wir werden diskutieren, mit welchen Instrumenten die Herrschenden ihre Philosophie "der Mensch wird zum Sicherheitsrisiko, die staatliche Sicherheit zum Supergrundrecht" umsetzen und inwieweit sich dadurch die Widerstandsmöglichkeiten verändern.«

Referent: Beat Leuthardt

Arbeitsgruppe 3

Wirtschaft und Soziales

Ökonomische und soziale Konsequenzen des EU-Integrationsprozesses

»Die Errichtung des "Europäischen Binnenmarktes" und die Maastrichter Beschlüsse, insbesondere zur Währungsunion, haben klar gemacht, daß wir uns mit den Auswirkungen der EU-Integration beschäftigen müssen, wenn wir die soziale und ökonomische Entwicklung weiter verstehen wollen. Die EU ist ein Ausdruck der Internationalisierung des Kapitals und koordiniert und steuert zunehmend nationale Wirtschaftspolitik: ein Ersatz, der nicht einmal mehr eine formale demokratische Kontrolle zuläßt. Somit werden soziale Kämpfe im nationalen Rahmen zunehmend untergraben und zum Scheitern verurteilt. Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Soziales wird deshalb die Auswirkungen der EU-Integration untersuchen.«

Arbeitsgruppe 5

Quo vadis Europa?

Das gemeinsame Haus - ob links oder rechts?

»Wer sind die Wortgeber bei der Entwicklung des Europäischen Formierungsprozesses? Auf der einen Seite wollen wir die "neu"-rechten Europakonzepte vorstellen und diese reflektieren anhand aktueller Entwicklungen, wie beispielsweise das Kernstaaten-Modell der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wo und wie ist eine Abgrenzung zu rechten Europakonzepten zu suchen? Denn ob REP, CDU/CSU, SPD/Grüne und PDS: alle wollen Europa!

Wie steht es mit der inneren Verfassung dieser EU? Wer entscheidet was? Das europäische Parlament auf jeden Fall nichts! Werden mit TREVI, Schengen, Interpol etc. die ersten Schritte auf den Weg in eine präventive Diktatur getan?

Anhand dieser Fragen wollen wir zu einer Einschätzung gelangen über das Verhältnis von nationalistischer Mobilisierung gegen die EU auf der einen Seite und dem kompromißlosen Durchmarsch des EU-Projektes von Seiten der staatstragenden Parteien auf der anderen Seite. Sind dies unüberwindbare Gegensätze oder besteht eine sich ergänzende Arbeitsteilung? Läßt sich über die EU der deutsche Nationalismus bändigen? Wir wollen exemplarisch einige Positionen aus anderen Ländern zur Einschätzung der EU einbringen und dabei auch, wenn möglich, die Standpunkte und Aktionen der europäischen Linken zu bzw. gegen dieses Europa thematisieren.«

Mitwirkende: ReferentIn zur Neuen Rechten; verschiedene Leute werden ihre Positionen vertreten

Arbeitsgruppe 4

Kontinuität des Kolonialismus?

Die EU und die Länder »des Südens«

»Angeblich hat Afrika seine Misere selbst verschuldet. Es gibt kein Anerkenntnis, z.B. in Form einer bedingungslosen und vollständigen Schuldenstreichung, daß der europäische Kolonialismus mitverantwortlich ist für die gegenwärtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise Afrikas.« Werena Rosenke

ReferentInnen: Anti-EG-Gruppe Köln (angefragt)

Arbeitsgruppe 2

EU und Osteuropa

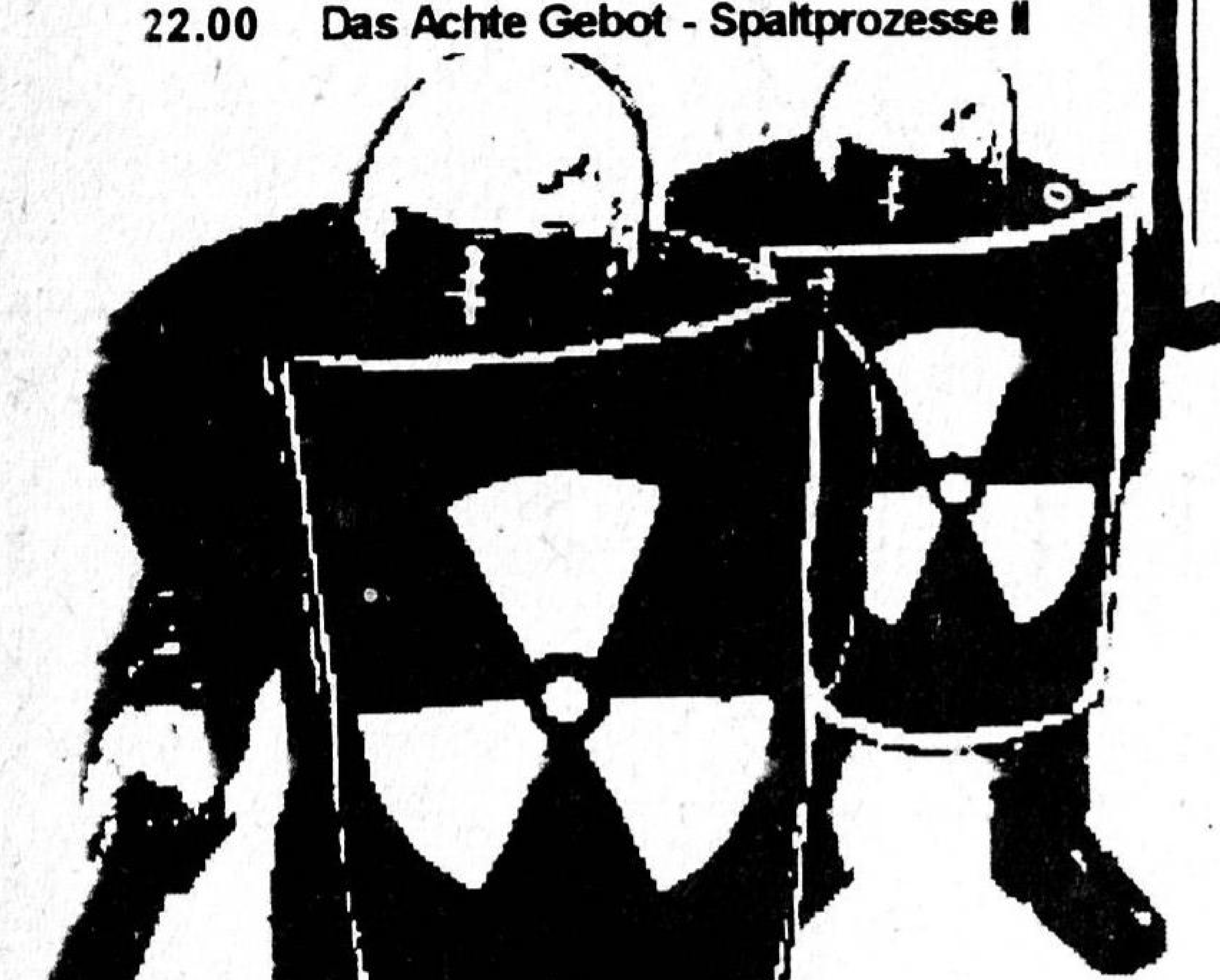
»1. Welche Konzepte der EU gibt es im Hinblick auf Osteuropa und inwieweit werden diese realisiert? Welche Funktionen werden welchen Ländern zugeordnet?
2. Welche Auswirkungen hat die EU - Politik in betroffenen Ländern und welche Einschätzung dieser Politik gibt es dort ?
3. Inwieweit gibt es Gemeinsamkeiten bei der Einschätzung der EU ? Gibt es Ansatzpunkte für die Entwicklung einer gemeinsamen Gegenstrategie?«

ReferentInnen aus Polen bzw. Tschechien sind angefragt

ZAUNKÄMPFE

DIE ANTI - AKW - BEWEGUNG
1974 - 1994
FILME

27.10.	19.00	Fässer ohne Boden
	20.30	Spaltprozesse - Wackersdorf 001
	22.00	RadioDreyeckland
28.10.	19.00	Spaltprozesse - Wackersdorf 001
	20.30	Radio Dreyeckland
	21.30	S'Weschpenäscht
29.10.	18.00	Die Herren machen das selber....
	20.00	Gorleben: Freie Republik Wendland
	22.00	Zwischenzeit: Gorleben 1982-1985
30.10.	20.00	Das Achte Gebot - Spaltprozesse II
	22.00	Das Achte Gebot - Spaltprozesse II



STATTKINO

FRIEDRICHSTR. 165, 10117 BERLIN-MITTE, TEL.: (030) 2010533, U-FRANZ.STR.

DEMONSTRATION

FÜR DIE SOFORTIGE UND BEDINGUNGSLOSE FREILASSUNG VON IRMGARD MÖLLER

FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN UND IHRE ZUSAMMENLEGUNG BIS DAHIN

EINSTELLUNG ALLER NEUEN ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN DIE GEFANGENEN AUS DER RAF AUFGRUND VON KRONZEUGENAUSSAGEN

WEG MIT DEM KRIMINALISIERUNGSPARAGRAPHEN 129 a

am 5. November 1994
12.00 Uhr Asmus-Bremer-Platz, Kiel

Film und Veranstaltung „Was aber wären wir für Menschen"

Kiel:
26.10.94, 19.30 Uhr Pumpe,
Eintritt 3.-

Lübeck:
11.11.94 19.30 Uhr,
Cafe im Arbeitslosenzentrum,
Schwartauer Alle 39-41

3. Anarchistisches Bildungsprogramm Berlin

Seminare und Einzelveranstaltungen
Oktober /November 94

Als türkischer Libertärer in Berlin

Seit über 10 Jahre lebt der türkische Genosse in Westberlin. Als Sozialarbeiter tätig hat er vor allem mit Kids und Jugendlichen zu tun. Gerade hier zeigt sich wie stark das "deutsche" zur selbstverständlichen, alltäglichen Ausgrenzung in Schule, Jugendheime und auf der Strasse führt.
Kleine Geschichten aus dem alltäglichen deutschen Alltag.

1.Seminarabend/Einzelveranstaltung

Referent: Hamza
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Donnerstag, den 27.10.94
Uhrzeit: 20.30

1.Seminarabend

Ökonomie auf Gegenseitigkeit

Die aktuellen Beispiele der antiautoritären Bewegungen zeigen auf, daß eine Ökonomie, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt möglich ist.
Anhand von Projektbeispielen aus den letzten 20 Jahren soll dies aufgezeigt werden. (Berlin - BesetzerRäte 1979-83; der bolo-bolo-Gedanke: Züricher Beispiel aus dem Jahre 1985 und das aktuelle Beispiel "Kraftwerk"

Referent: Lorenz Hettick
Ort: EL Locco-Vortragsraum
Donnerstag, den 27.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr

Perspektiven internationaler Solidarität am Beispiel Südafrika

-Politische und sozioökonomische Lage in Südafrika, nach dem "Ende der Apartheid".
-Geschichte und aktuelle Entwicklungen der Südafrika-Solidaritätsbewegung
-Kritisches zu internationaler Solidarität im allgemeinen; Perspektiven internationaler Solidarität.

Referent: Maweth Mayonge (Südafrika) und Anti-Apartheid-Initiative
Ort: EL Locco -SeminarRaum
Mittwoch, den 2.11.94
Uhrzeit: 20.30 Uhr

Marius Alexandre Jacob

-ein anarchistischer Dieb

Frankreich um die Jahrhundertwende: Aus Not oder Überzeugung greifen immer mehr AnarchistInnen zum Mittel der individuellen "Expropriation", um ihre Existenz zu sichern oder die anarchistische Propaganda zu finanzieren. Aus dieser Subkultur des "Illegalismus" ragt eine Gestalt heraus: M. A. Jacob, der den ehrgeizigen Plan hegt, von individuellen Akten der Revolte zur systematischen Enteignung der herrschenden Klasse überzugehen.
Seine Raubzüge machen Kriminalgeschichte!

Einzelveranstaltung

Referent: Michael Halfbrodt
Ort: Umweltbibliothek
Montag, den 31.10.94.
Uhrzeit: 20.00 Uhr

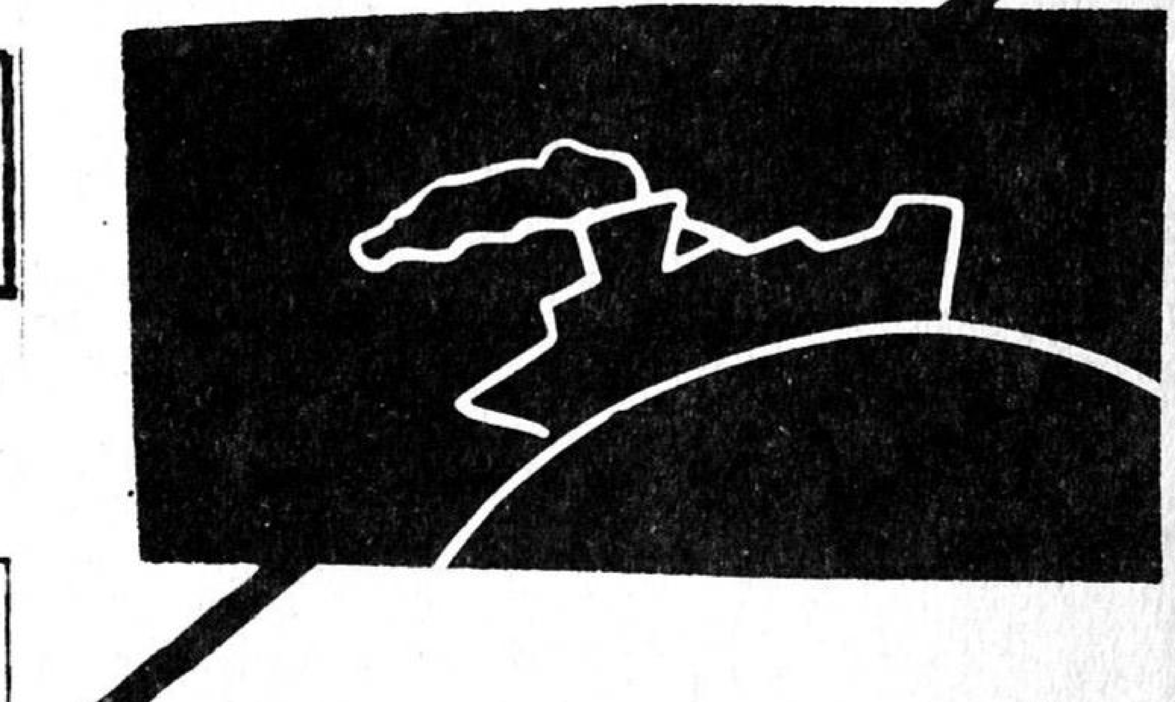
2.Abend

Erich Mühsam Münchner Räterepublik und Festungshaft

Lesung aus den Tagebüchern (1919-1924) und Gespräch

Seminar- und Einzelveranstaltung

Referent: Chris Hirte
Ort: Umweltbibliothek
Donnerstag, den 27.10.94
Uhrzeit: 20.00 Uhr



Erinnerungen des Windes Guatemala-Wochen zum 50. Jahrestag der "Oktober-Revolution" Guatemala-Solidarität Berlin

27. 10. **Film: "Memorias del Viento"**
500 Jahre Widerstand, am Beispiel der Gemeinde Santiago Atitlán

19.30 Uhr
Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

1. 11. **Unterricht am Straßenrand**
Leben der Straßenkinder in Guatemala-Stadt (tdh)

19.30 Uhr
Galerie Olga Benario
Weserstr. 5
U-Bhf. Hermannplatz

2. 11. **Studentischer Widerstand**
(Guatemala-Solidarität e.V.)

16 Uhr
voraussichtl.
O.-Suhr-Institut
Ihnestr. 21
U-Bhf. Thielplatz

3. 11. **Kampf der indigenen Völker**
Berichte von Daniel Matuc (Liga Maya Internacional) und Justina Tzoc (CERJ)

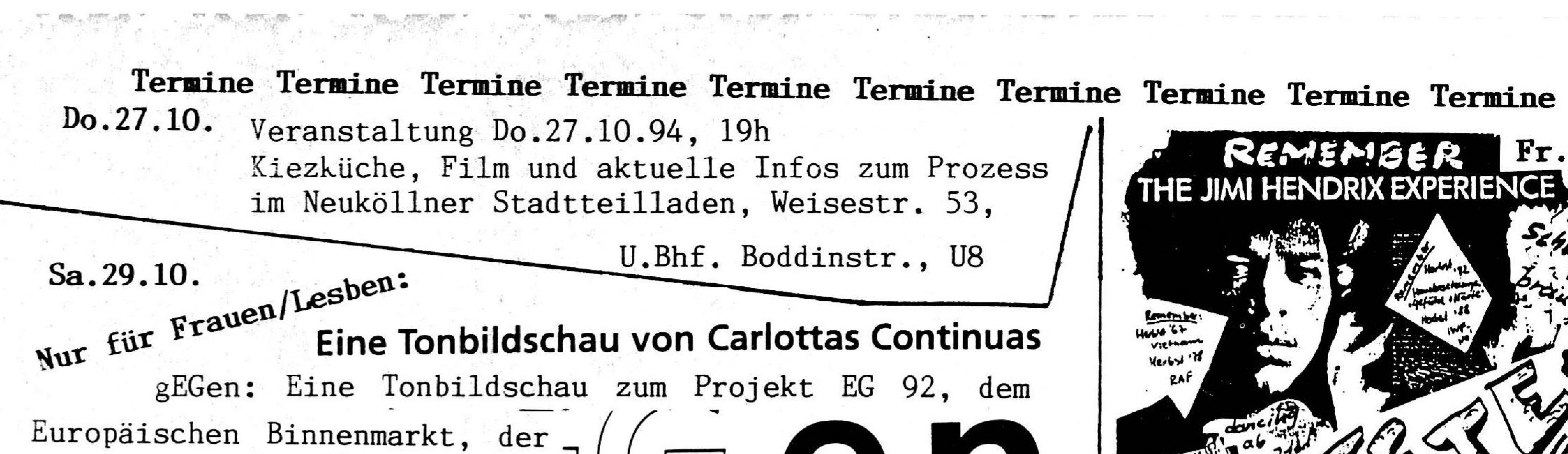
19.30 Uhr
Gemeindesaal Hl.-Kreuz
Nostitzstr. 6/7
U-Bhf. Gneisenaustr.

4. 11. **Seminar**
mit indígena-Delegierten
(Guatemala-Solidarität e.V.)

16 - 20 Uhr

Lateinamerika-Institut
Rüdesheimer Str. 54-56
U-Bhf. Breitenbachplatz

Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine



Do.27.10. Veranstaltung Do.27.10.94, 19h
Kiezküche, Film und aktuelle Infos zum Prozess im Neuköllner Stadtteilladen, Weisestr. 53, U.Bhf. Boddinstr., U8

Sa.29.10.

Nur für Frauen/Lesben:

Eine Tonbildschau von Carlottas Continuas

gEGen: Eine Tonbildschau zum Projekt EG 92, dem Europäischen Binnenmarkt, der Europäischen Gemeinschaft un der Europäischen Union.
am 29.10., 17h im Frauencafe im Frauen/Lesbenraum, Mehringhof, Gneisenaustr.2a,

"Alles wird freier und billiger", sagen die Gentechnologen zur Kleinbäuerin in Madagaskar, und die Daten der alleinerziehenden Mutter in Luzern werden von der Spitalverwaltung dem zentralen Computersystem übermittelt.



Fr.28.10.

AntiFa-Cafe-Wedding

Wir, ca. 50 Menschen aus unterschiedlichen linken Zusammenhangen, trafen uns am Sonntag, dem 16.10.1994, um anhand eines Textes von Christian Klar die Frage nach der Krise der Antifa und den Ursachen dieser Krise zu diskutieren.
Die Veranstaltung nahm ihren Anfang mit der Hinterfragung des Selbst-verständnisses der eingeladenen Broschüre - Gruppe

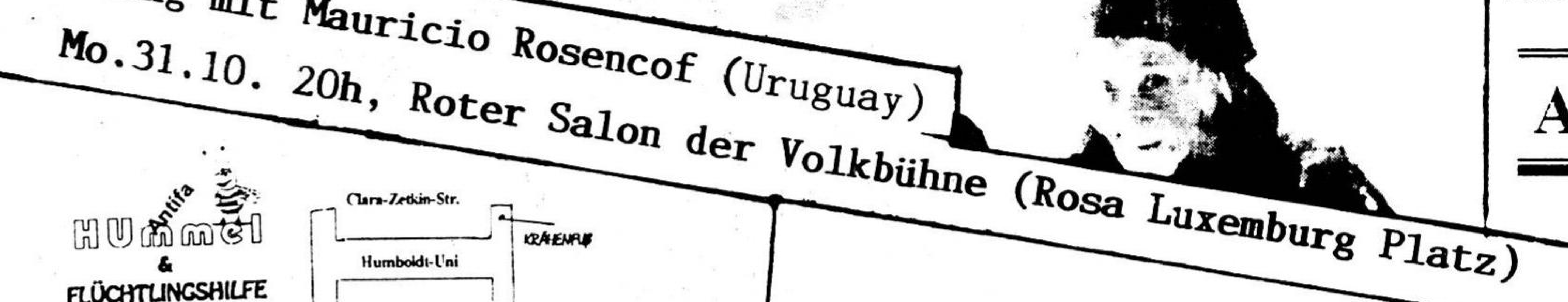
----

Aufgrund der intensiven Diskussion zu den oben genannten Punkten reichte die Zeit nicht mehr aus, um die eigentliche Frage nach der Antifa in der Krise klären zu können.
Daher laden wir zu einer Fortführung der Diskussion ein und zwar:

Sonntag, 30.10.1994
17.00 Uhr
Fabrik Osloer Strasse,
Osloer Str.12
Aufgang B,2 Stock

Mo.31.10.

Lesung mit Mauricio Rosencof (Uruguay)
Mo.31.10. 20h, Roter Salon der Volkbühne (Rosa Luxemburg Platz)



Hummel & Flüchtlingshilfe

Clara-Zetkin-Str. / Humboldt-Uni / Unter den Linden / Krähenfuß

ANTIFA-Cafe
im
KRÄHENFUß

jeden Mittwoch 20.00 Uhr

02.11.94: Widerstand im 3. Reich - ehemalige Widerstandskämpfer berichten

Do.3.11.

VIDEO
im Bandito Rosso
Do. 3. 11. 94 20.00 Uhr

Architektur des Untergangs

Der Film ist ein Versuch, den Nationalsozialismus in seinen Auswüchsen und die Person Adolf Hitler von relativ unbekannter Seite zu beleuchten. So wird z.B. das Hitlers ideologie zugrundeliegende "Ästhetik- und Kunstverständnis" genauer untersucht.

Bandito Rosso * Lottumstr. 10a * 10119 Berlin
Do.: 19 - 23 Uhr
Fr.: ab 20 Uhr

Fr.4.11.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG FÜR LESBEN/FRAUEN ZU STRATEGIEN GEGEN SEXISTISCHE UND SEXUELLE GEWALT UND DIE TÄTER

Grundlage ist die "Feminisma - zwischen Abgründen und wilden Gewässern"
(erhältlich in der Papiertigerin, Cuvrystraße 24 in Kreuzberg, Mo.-Do. 15°°- 18°° und im LesbenFrauenbüro, Gneisenaustr. 2a, Mehrunghof im 4. Stock, Sa. 16°° - 21°°)

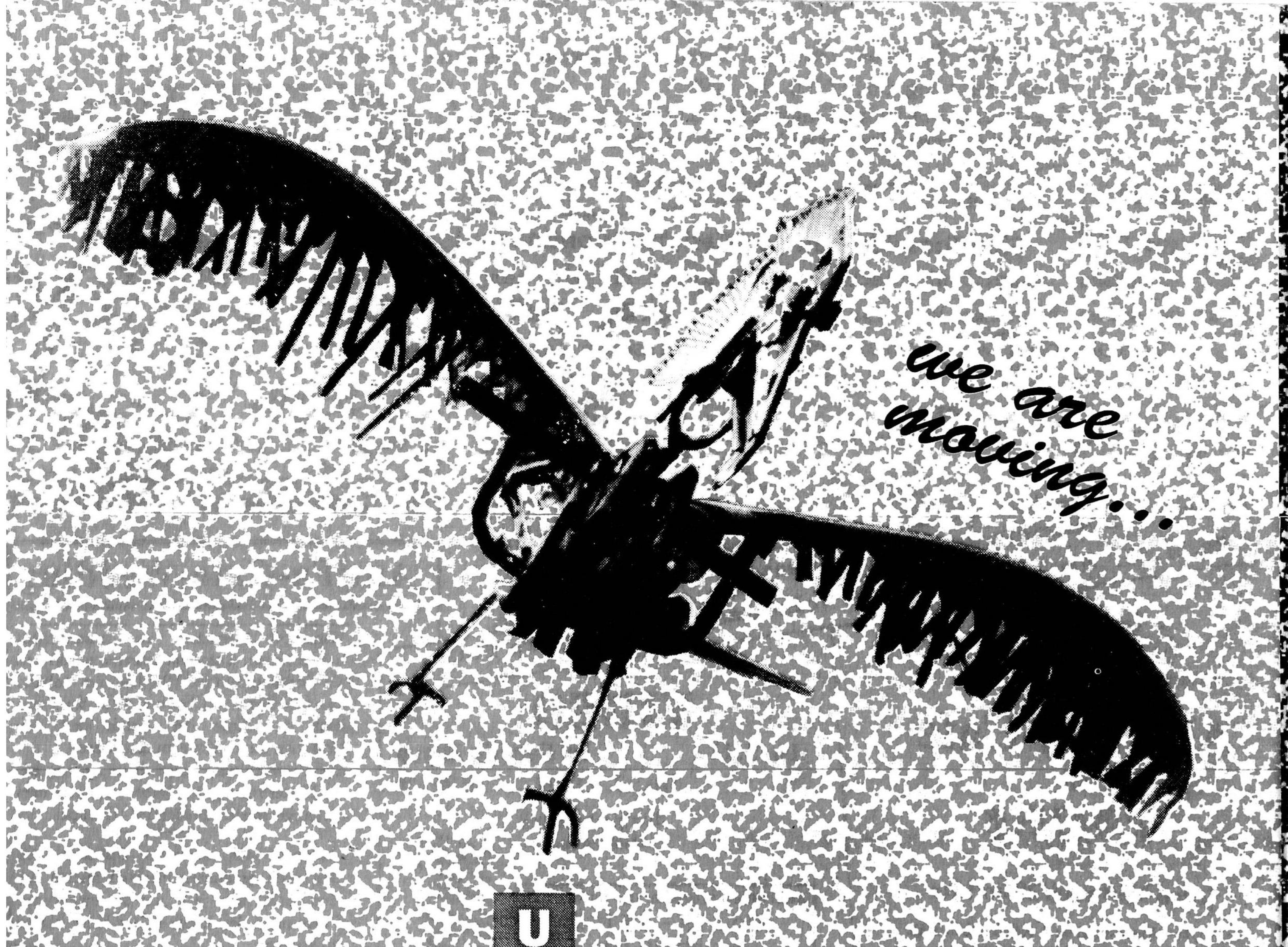


Am Freitag, 4. November 94 um 20°°
Wo ? : Im LesbenFrauenbüro, Gneisenaustrasse 2a (Mehringhof 4. Stock)

Kritische Theorie und linksradikale Politik
Hegel - Staat - Autonomie / Kritische Theorie oder revolutionärer Marxismus?
Johannes Agnoli (Politikwissenschaftler, Italien)
Maria Mies (Soziologin, Köln)
Manon Tuckfeld (Mitautorin von *Der Staat in den Köpfen*, FfM)
Alex Demirovic (Soziologe, Frankfurt/M.)
Broschürengruppe
Humboldt-Universität
Unter den Linden 6, 10117 Berlin
S-/B-Bahn Friedrichstr. & Alexanderplatz
Fr., d. 02.12., ab 17.30 Uhr

Wir feiern trotzdem!
Wir laden ein zur Party
gegen die Eröffnung der Oberbaumbrücke (voraussichtlich) am 9.November 94

Sonnabend, 5. November 94 ab 21.00 Uhr (ab 22.00 Uhr Eintritt),
Babylonia, Cuvrystr. 23, (HH 1. Stock) 10999 Berlin



UMZUGS-SOLIFETE

29. 10.
ab 22 Uhr im EX
Gneisenaustraße 2a

Antifa-Presse-Archiv
ab Januar '95
Falckensteinstraße 46
10997 Berlin